

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1 RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 805, KL. 2971, 2972, 2973, 2974

CHEFREDAKTEUR: WILHELM ADAMETZ - FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: DR. HELMUT JUNKER

Mittwoch, 13. Dezember 1967

Blatt 3623

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Mehr Mittel für das Wohlfahrtswesen =====

13. Dezember (RK) Am dritten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe IV (Wohlfahrtswesen) behandelt. Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) führte in ihrem Referat aus:

750,205.600 Schilling können laut Voranschlag im kommenden Jahr für das Wiener Wohlfahrtswesen aufgewendet werden, das sind um 79,5 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, und zwar ohne Berücksichtigung der Ausgaben für die Lehrlings- und Altersheime.

Dieser Ausgabensumme stehen nur 182,977.600 Schilling als Einnahmen gegenüber, sodaß die Stadt Wien 567,228.000 Schilling für die notwendigen Aufgaben der Jugend- und Erwachsenenfürsorge beiträgt.

Von den rund 750,2 Millionen Schilling dienen der Arbeit des Jugendamtes 491,6 Millionen Schilling, das sind um 52,3 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Rund 250 Millionen davon sind bestimmt für die Betreuung der Pflegekinder in Pflegefamilien und Heimen, und 218 Millionen für den Betrieb, Um- und Neubau unserer Kindertagesheime.

Die Erholungsfürsorge ist mit einem Betrag von 10 Millionen Schilling dotiert und für die zentrale Arbeit des Jugendamtes sowie die der Bezirksjugendämter, die die prophylaktischen Maßnahmen des Verbindungsdienstes zu den Entbindungsanstalten, den Kinderkliniken sowie die Mutterberatungsstellen und Mütter-schulen einschließt, sind rund 13 Millionen Schilling vorgesehen.

Was unsere Pflegekinder betrifft, müssen wir feststellen, daß die Zahl jener Kinder steigt, für die die Stadt Wien die volle Verantwortung übernehmen muß. Die Zunahme betrug bis 1966 1 bis 1 1/2 Prozent jährlich, im vergangenen Jahr sogar 5 Prozent, allerdings schieden fast ebensoviele Kinder wieder aus. Derzeit haben wir 5.493 Kinder und Jugendliche in Pflege der Stadt Wien.

Zu wenig Pflegeeltern in Wien

Unsere ständige Werbeaktion um neue Pflegeplätze für Wiener Kinder fand in diesem Jahr wieder ein gutes Echo und wir konnten heuer um 233 Kinder mehr bei Pflegefamilien unterbringen, sodaß derzeit 1.611 Kinder bei Pflegeeltern leben.

So sehr wir uns darüber freuen, daß 233 Kinder mehr innerhalb einer Familie aufwachsen können, so sehr bedauern wir, daß dies nur dadurch möglich war, daß sich Familien aus anderen Bundesländern eines Kindes annahmen. Die Zahl der Wiener Pflegefamilien hat sich leider vermindert.

1963 waren von 1.249 Kindern noch 738 bei Wiener Familien und 511 bei Familien in den Bundesländern untergebracht. 1966 hatte sich das Verhältnis bereits genau umgekehrt.

Von 1.378 Pflegekindern lebten nunmehr nur 582 in Wien und 706 in den Bundesländern. Und derzeit leben von 1.611 Kindern 597 bei Wiener Familien und 1.014 bei Familien in den Bundesländern.

Auch die Situation bei den Pflegegroßfamilien wird langsam problematisch. Die Zahl der Bewerber ist leider um 20 Prozent auf 215 zurückgegangen und in gleicher Weise ist die Zahl der abgeschlossenen Adoptionsverträge gesunken, nämlich von 149 im Jahre 1966 auf 122 in diesem Jahr.

14,380.000 Schilling sind für die Pflegefamilien an Pflegegeldern bestimmt, das sind um zirka 10 Prozent mehr als in diesem Jahr. Dazu kommen weitere 3,5 Millionen Schilling für Bekleidung und gelegentliche finanzielle Aushilfen, sodaß zirka 18 Millionen Schilling bei den derzeitigen Pflegesätzen für die Pflegefamilienkinder zur Verfügung stehen.

Es wird aber bereits dem Wiener Gemeinderat am Ende der Budgetberatung der Antrag vorgelegt, ab 1. Jänner 1968 die Pflegegeldsätze auf 800 Schilling beziehungsweise 750 Schilling und für Großpflegefamilien auf 900 Schilling pro Kind zu erhöhen. Der Bekleidungsbeitrag, der jährlich zweimal jedem Kind gewährt wird, soll um 100 Schilling auf 900 Schilling beziehungsweise auf 1.000 Schilling erhöht werden.

Mitverantwortung der gesamten Öffentlichkeit

In diesem Zusammenhang möchte ich zu zwei Fällen, die sich vor kurzem ereigneten, Stellung nehmen: Die Öffentlichkeit wurde im vergangenen Monat zweimal alarmiert. Erstens als ein Kleinkind unter mysteriösen Umständen starb und zweitens als in unserem Heim Lindenhof sechs Jugendliche bei einem Ausbruch einen Erzieher schwer verletzten.

So traurig nun die beiden Tatbestände waren, so erfreulich war die Reaktion der Wiener Presse. Über das Sensationelle der Vorfälle hinaus war auf die Verantwortung hingewiesen worden, die wir alle, Bevölkerung und Sozialarbeiter, gemeinsam zu tragen haben.

Eine einzige Pressestimme gab es, die die Frage stellte, ob im Fall des Todes des Kleinkindes die Fürsorge nicht hätte früher eingreifen können. Dazu möchte ich einerseits feststellen, daß die Voraussetzung für jede rechtzeitige Hilfe die zeitgerechte Information an die Jugendamtsbehörde ist.

Daß aber andererseits in einer Demokratie grundsätzlich eine gesetzliche Grenze vorhanden ist, die das Erziehungsrecht den Eltern zuweist, über die hinaus nicht gegangen werden kann. Es ist nicht nur nicht möglich, ein so enges Netz zur Betreuung gefährdeter Kinder und Jugendlicher zu knüpfen, das praktisch ähnliche tragische Unglücksfälle verhindert.

Es würde darüberhinaus eine solche Institution auch eine fatale Ähnlichkeit mit einem Bspitzelungssystem erlangen, das von der Bevölkerung mit Recht abgelehnt werden würde.

Wir haben heuer vom Jänner bis Anfang November 1.700 Kinder in die Obhut der Stadt Wien neu übernommen. 59 Prozent davon wegen Gefährdung aus sittlichen und gesundheitlichen

Gründen, wegen gröbklicher Vernachlässigung der Pflege und Erziehung und wegen Verwahrlosung beziehungsweise Erziehungsschwierigkeiten. Ich habe vorhin das Heim Lindenhof erwähnt, dessen Situation sehr charakteristisch die Schwierigkeiten zeigt, mit denen die Arbeit in den Heimen verbunden ist.

Von den 265 Jugendlichen, die im November hier untergebracht waren, waren 50 Prozent mit dem Gesetz bereits in Konflikt gekommen.

Es ist Ihnen, meine Damen und Herren, bekannt, daß im Lindenhof seit Jahren unter Aufwendung erheblicher finanzieller Mittel bauliche Umgestaltungen vorgenommen werden. Auch im kommenden Jahr sollen für den Gruppenumbau noch 1,4 Millionen Schilling aufgewendet werden.

Insgesamt sind für die baulichen Herstellungen im Lindenhof 2,7 Millionen Schilling vorgesehen. Diesen Investitionen kommt für die pädagogische Arbeit unmittelbar größte Wichtigkeit zu. Das pädagogisch sehr bewußt akzentuierte Freizeitprogramm in diesem Heim trägt dazu bei, die jungen Menschen zu stabilisieren.

Heimzöglinge bewähren sich

Aber auch in den übrigen Heimen konnte Hervorragendes geleistet werden. So möchte ich erwähnen, daß in den beiden Heimen in Klosterneuburg 10 Mädchen die Handelskammerprüfung ablegten und vier einen Bürokurs absolviert haben.

In bewährter Weise wurde auch die Begabtenförderung in den Heimen Hartäckerstraße und Pötzleinsdorferstraße fortgesetzt. Zwanzig Schüler und Schülerinnen besuchen höhere Schulen, acht höhere technische Lehranstalten, vier die Handelsakademie, zwölf Handelsschulen und zwei die Fürsorgeschule der Stadt Wien. Drei junge Menschen in diesen Heimen haben heuer mit Erfolg maturiert.

Die Führung unserer Gesellen- beziehungsweise Gesellinnenheime zeigt, daß hier einem echten Bedürfnis Rechnung getragen wurde. Seit der Eröffnung des Heimes in der Aichhorngasse haben 114 junge Frauen nach einem unterschiedlichen Aufenthalt von sechs Monaten bis zu zwei Jahren das Heim verlassen.

Die Erfahrungen im Gesellenheim in der Zohmannngasse sind ähnlich günstig. Wie Sie sich erinnern werden, hat es hier in diesem Haus seinerzeit wegen des Sparzwanges eine Diskussion gegeben. Die Erfahrungen, das Sparen zu einer Verpflichtung zu machen, haben uns aber recht gegeben. Die jungen Leute anerkennen durchaus den Wert des Sparens, und dies ist umso erfreulicher, als die meisten Bewohner vorher in Heimen lebten und nun mit der Erreichung der Erwerbsfähigkeit zum ersten Mal Gelegenheit haben, über regelmäßige und mitunter recht ansehnliche Geldbeträge zu verfügen.

Am Rande möchte ich bemerken, daß wir im Gesellinnenheim leider bereits Auswirkungen der wirtschaftlichen Situation zu spüren bekommen. Besonders bei den in der Textilbranche Beschäftigten ist es zu Lohnkürzungen gekommen beziehungsweise zu Entlassungen wegen des Rückganges des Umsatzes.

Für bauliche Herstellungen

haben wir einen Betrag von vier Millionen Schilling untergebracht, mit dem der Neubau von zwei Kinderheimen geplant ist und möglichst begonnen werden soll. Diese zwei neuen Heime mit 336 Plätzen sollen unsere überalteten Heime in Klosterneuburg und Biedermannsdorf ersetzen.

Insgesamt haben wir für das kommende Jahr für die Heime für Kinder und Jugendliche sowie für die genannten Spezialheime einen Ausgabenrahmen von 120,7 Millionen Schilling.

Noch immer Personalmangel in Sozialberufen

Das große Problem, auch das große internationale Problem, ist es aber nach wie vor, geeignete und entsprechend ausgebildete Menschen für die Sozialberufe zu bekommen.

Die 'Lehranstalt für gehobene Frauenberufe' wird derzeit von 48 jungen Menschen besucht, im Institut für Heimerziehung stehen 36 Schüler in Ausbildung.

Die Einrichtung und Führung der Säuglings- und Kinderpflegerinnenschule im Zentralkinderheim hat sich als ein großer Erfolg erwiesen. Heuer sind zum ersten Mal 27 Schülerinnen zur Abschlußprüfung angetreten, von denen 23 in den Dienst

der Stadt Wien eingetreten sind. Im zweiten Ausbildungsjahr lernen 20 Mädchen und der erste Jahrgang wurde heuer mit weiteren 43 Schülerinnen begonnen.

In der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und Hort-erzieher studieren zur Zeit in acht Klassen 261 Schüler. Im kommenden Jahr werden 56 die Schule als fertig ausgebildete diplomierte Kräfte verlassen. Allerdings wird auch diese Zahl kaum ausreichen, um unseren Bedarf wirklich zu decken.

Es kommt daher für den Bereich des Kindertagesheimwesens der externen Ausbildung von qualifizierten Kindergärtnerinnen große Bedeutung zu. Bisher haben 44 Kindergartenhelferinnen die staatliche Befähigungsprüfung abgelegt, derzeit arbeiten 149 in den Kindertagesheimen.

Besonders problematisch ist die Situation bei den Fürsorgerinnen. Eine gewisse Entlastung konnten wir dadurch schaffen, daß wir sogenannte Aushilfsfürsorgerinnen, und zwar ausschließlich jene, die seinerzeit im Jugendamt gearbeitet haben und entweder nach der Eheschließung oder nach der Geburt eines Kindes dem Dienste entsagt haben, wieder beschäftigen, meist in Teilbeschäftigung.

Die Klinikfürsorgerinnen waren heuer mit 17.649 Kindern befaßt. In 15.020 Fällen konnte den Müttern das Säuglingswäschepaket der Stadt Wien übergeben werden. Wir rechnen, daß bis Ende dieses Jahres annähernd 20.000 Pakete ausgegeben sein werden.

Der gesundheitspolitische Effekt der mit dem Säuglingswäschepaket verbundenen Untersuchungen ist enorm: In 2.015 Fällen, das sind mehr als zehn Prozent der Neugeborenen, wurde ein negativer Rhesusfaktor festgestellt. Ich glaube, daß diese Ziffer mehr als jede andere die Bedingungen rechtfertigt, die für die Ausfolgung der Säuglingswäschepakete maßgebend sind.

Einer Einrichtung des Jugendamtes, deren Tätigkeit für die Öffentlichkeit nicht sichtbar wird, kommt eine stetig wachsende Bedeutung zu: der Amtsvormundschaft. 80 Amtsvormünder in den 17 Wiener Bezirkenjugendämtern betreuten 21.586 Mündel und 1.632 Kuratelen. Besonders die letzteren nehmen ständig zu, da ständig mehr Mütter, die sich von ihrem Mann getrennt

haben, die Amtshilfe der Jugendämter bei ihren Unterhaltsproblemen in Anspruch nehmen.

In 5.332 Fällen hatten die Jugendämter Regreß für den Kostenersatz für jene Kinder, die sich in Gemeindepflege befinden, hereinzubringen. Die Gesamtzahl der Fälle, die von diesen 80 Frauen und Männern betreut wurden, betrug demnach fast 30.000.

Die andere grundlegende Arbeit des Jugendamtes in legislativer Hinsicht bestand in der Überarbeitung des Kindertagesheimgesetzes, das am 16. Juni 1967 vom Wiener Landtag beschlossen wurde. Die dazu notwendige Verordnung wurde ausgearbeitet und zur Begutachtung ausgesendet. Es ist zu hoffen, daß es schon im Jänner möglich sein wird, die Durchführungsbestimmungen des Kindertagesheimgesetzes in Kraft zu setzen.

Für die Kindertagesheime haben wir im Budget für das kommende Arbeitsjahr mehr als 218 Millionen Schilling, das sind um fast 19 Millionen Schilling mehr als im heurigen Jahr. 31 Millionen, das sind 14 Prozent, stehen für die Fertigstellung von 11 Kindertagesheimen zur Verfügung.

Zwei weitere Kindertagesheime in der Favoritenstraße beziehungsweise in der Lindengasse sind ebenfalls im Bau, für die Generalinstandsetzung von zwei Kindertagesheimen stehen 2,2 Millionen zur Verfügung und für die Adaptierung eines weiteren der Betrag von 1,5 Millionen. Das bedeutet den Bau von 60 Gruppen für rund 1.500 Kinder. Derzeit werden 206 Kindertagesheime geführt.

Seit Jahren führen wir in vier Horthäusern Jugendklubs, die in der Regel einmal wöchentlich geöffnet sind, und deren Teilnehmer fast zur Gänze aus ehemaligen Hortkindern, die inzwischen Schule und Hort entwachsen sind, bestehen. An insgesamt 97 Zusammenkünften nahmen heuer jeweils 70 Jugendliche teil.

Noch heuer werden im Herbst zwei weitere Jugendklubs, und zwar im 16. und im 23. Bezirk, eröffnet werden.

Den Ausgaben für die Kindertagesheime in der Höhe von mehr als 218 Millionen stehen Einnahmen in der geschätzten Höhe von rund 42,2 Millionen gegenüber.

Die Einnahmen stützen sich im wesentlichen auf die Leistungen der Eltern, die etwas weniger als 40 Millionen betragen, und einen Baukostenbeitrag der Zentralsparkasse der Stadt Wien in der Höhe von 1,5 Millionen, der dem Ausbau des Kindergartens im Stadtpark dient.

Die Steigerung der Einnahmen aus den Elternbeiträgen beträgt 2,4 Millionen, die in erster Linie daraus resultieren, daß mit dem nominell wachsenden Einkommen die Eltern automatisch in höhere Beitragsgruppen aufsteigen.

Die Höhe der Kindergartenbeiträge

Wiederholt wurde in der Öffentlichkeit - und auch schon in diesem Haus - die Frage gestellt, ob die Eltern unserer Kinder nicht in einem unverhältnismäßig starken Ausmaß zur Beitragsleistung herangezogen werden.

Der Höchstbeitrag beträgt seit 1. Oktober 1966 für den Besuch 160 Schilling und 30 Schilling für das Essen der Kinder pro Woche. Den Essenbeitrag können wir vernachlässigen, da er praktisch nur eine Durchlaufpost darstellt. Diese Essensbeiträge machen jährlich zirka 15 Millionen aus. Werden sie von den 40 Millionen abgezogen, verbleibt eine Leistung der Eltern für das kommende Jahr von rund 25 Millionen.

Lediglich dieser Betrag kann unmittelbar für den Betrieb und die Bezahlung der Personalkosten, die allein 151 Millionen ausmachen, herangezogen werden.

Der Höchstbeitrag von 160 Schilling wurde ermittelt aus den Betriebskosten der Kindertagesheime ohne Berücksichtigung des Investitionsprogrammes. Tatsächlich bezahlen den Höchstbeitrag von 160 Schilling lediglich 0,9 Prozent und einen Wochenbeitrag von 120 Schilling lediglich 0,8 Prozent der Eltern unserer Kindergartenkinder. Neun von zehn Eltern bezahlen wöchentliche Beiträge zwischen fünf und sechzig Schilling.

In einer Anfrage wurde kürzlich der Verdacht ausgesprochen, daß in der Gestaltung des Beitragssystems eine wirtschaftliche Ausbeute der Eltern vorgenommen werde. Die genannten Zahlen, beweisen wohl eindeutig das Gegenteil, und in der Elternschaft besteht absolut die Bereitschaft, einen Betrag entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu bezahlen.

Eine Repräsentativerhebung der Wiener Arbeiterkammer aus dem Jahre 1964 hat folgende Einkommenssituation ergeben, doch sind die angeführten Einkommen inzwischen erheblich, und zwar nominell, gestiegen:

Von den Familien mit zwei Erwachsenen und einem Kind haben 9,3 Prozent Einkommen bis zu 2.500 Schilling. Dieser Zahl steht gegenüber, daß fast 50 Prozent der Eltern unserer Kinder in diese Einkommensgruppe fallen, und nur fünf bis fünfzehn Schilling wöchentlich für das Kindertagesheim zahlen.

Die Gruppe der Familieneinkommen zwischen 2.500 und 3.500 Schilling beträgt fast zwanzig Prozent. In unseren Kindergärten ist sie mit 20,5 Prozent vertreten, der Beitrag dieser Kinder beträgt zwanzig bzw. dreißig Schilling pro Woche.

In der Einkommensgruppe von 3.500 bis 4.500 Schilling befinden sich 21,3 Prozent nach der Konsumentenerhebung. Aus diesem Personenkreis befinden sich 20,8 Prozent unter den Eltern unserer Kinder. Die Gruppe mit diesem Einkommen zahlt 37 beziehungsweise 50 Schilling wöchentlich als Kindergartengebühr.

In den Kindertagesheimen der Stadt Wien wurde ein fachlicher Standard erreicht, auf den wir - wie uns das Echo zuletzt auf der Weltausstellung in Montreal gezeigt hat - stolz sein können.

Der ständige Ausbau unserer Kindertagesheime ist der Beweis, daß wir uns unserer sozialen Verpflichtung den Kindern und Familien unserer Stadt gegenüber bewußt sind.

Neue Grundlage für Dauerunterstützung

Aus der Statistik ist ersichtlich, daß von den 560.664 bei der Wiener Gebietskrankenkasse Versicherten 3,46 Prozent lediglich ein Monatseinkommen bis zu 1.125 Schilling haben. Dieses Einkommen liegt nur um 35 Schilling höher als jener Betrag, den die Stadt Wien derzeit monatlich den Empfängern einer Dauerunterstützung gewährt.

Dies bedeutet, daß ein Teil dieser 19.400 Wiener und Wienerinnen - soweit sie Alleinverdiener sind, was leider nicht feststellbar ist - in Einkommensverhältnissen lebt, die ihnen im Hinblick auf die heutige Preissituation und die Höhe der Lebenshaltungskosten nicht die Möglichkeit gibt, jene Reserven zu bilden, die es ihnen gestatten, bei plötzlich auftretenden Belastungen allein und ohne fremde Hilfe zurechtzukommen.

Dieser Personenkreis ist also fortwährend wirtschaftlich und damit auch sozial gefährdet und muß daher sehr oft kurzfristig unterstützt werden.

Die Gewährung von Aushilfen aus verschiedenen Budget-Titeln ist zwar insgesamt gesunken, weil mit der Umstellung und Neuorganisation der Dauerunterstützungen viele dieser Grenzfälle aus den Aushilfen herausgenommen würden, um sie durch die Gewährung höherer laufender Unterstützungen besser abzusichern.

Es wurden bis Oktober dieses Jahres fast 3.300 Aushilfen gewährt, von denen nur 378 auf Dauerunterstützte fielen. Es müßten also rund 17 Prozent der erwähnten 19.400 Personen vorübergehend beziehungsweise einmalig unterstützt werden. Diese Zahl zeigt auch, daß es sinnvoll war, den Dauerunterstützungen eine neue Grundlage zu geben. Nicht nur weil dadurch die Verwaltungsarbeit weniger geworden ist, sondern weil den Dauerunterstützten viele Wege und vielleicht auch die Demütigung erspart geblieben sind.

Am 7. November hat die Wiener Landesregierung beschlossen, ab 1. Jänner 1968 die Richtsätze in Anlehnung an den Aufwertungsfaktor, der für die Ausgleichszulagenbezieher angewendet wird, um 6,4 Prozent zu erhöhen.

Mit dem gleichfalls erhöhten Zuschlag, der den Mietenaufwand bis 150 Schilling und den Bekleidungsaufwand pauschal berücksichtigt, werden die Wiener Dauerunterstützungsempfänger - so wie die Ausgleichsrentner - monatlich 1.159 Schilling zu ihrer Verfügung haben, und zwar vierzehnmal jährlich. Dafür sind 92,9 Millionen im Voranschlag eingesetzt, ein Betrag, der um 8,1 Millionen höher liegt als der, der heuer zur Verfügung stand.

Zu dieser direkten finanziellen Leistung kommen indirekte aus der Wohlfahrtskrankenpflege, die zu 90 Prozent den Dauerunterstützten zugutekommt. Für die Wohlfahrtskrankenpflege ist ein Betrag von 11,2 Millionen, davon rund fünf Millionen für die Hauskrankenpflege, vorgesehen.

Weniger Dauerunterstützte

Am 31. Oktober bezogen 7.288 Männer und Frauen eine Dauerunterstützung. Diese Zahl liegt um zwei Prozent niedriger als im selben Zeitraum des Vorjahres. Damit zeigt sich, daß die Zahl der Dauerunterstützten wohl weiterhin leicht abnimmt, doch ist zusehends eine Verringerung der Abnahme zu verzeichnen. Betrug diese etwa 1961 noch 9,5 Prozent, 1965 nur mehr 3,4 Prozent, so war sie im vergangenen Jahr auf 2,7 Prozent abgesunken.

Der flache Verlauf dieser Kurve hängt eng mit der Altersstruktur dieses Personenkreises zusammen. 1965 waren von den Dauerunterstützungsempfängern 21 Prozent jünger als 60 Jahre, im Vorjahr 20,4 Prozent, heuer lediglich 19,1 Prozent. Es ist also weniger wirtschaftlicher Notstand, sondern eher dauernde Arbeitsunfähigkeit, die zur Zuerkennung einer Unterstützung führt. Andererseits wirkt sich auch bei dieser relativ kleinen Gruppe sehr augenfällig die zunehmende Überalterung der Wiener Bevölkerung aus.

Mehr Geld für die Blinden

Ein lang gehegter Wunsch der Blinden konnte nun erfüllt werden: ab 1. Oktober gibt es für sie die Sieben-Tageskarte ohne daß die Fahrtnotwendigkeit - wie früher - nachgewiesen werden muß.

Insgesamt vergibt das Referat derzeit 2.844 Freinetzkarten beziehungsweise ermäßigte Netzkarten, wobei nur 76 Netzkarten ausgegeben wurden, bei denen eine Kostenbeteiligung des Behinderten notwendig war. Diese Zahl liegt um über 600 höher als jene vom 31. Dezember 1966. Für die Fahrtbegünstigungen sind im kommenden Finanzjahr 2,150.000 Schilling vorgesehen.

Für die Blindenbeihilfen werden voraussichtlich 31,4 Millionen notwendig sein, das sind um 2,4 Millionen mehr als für das laufende Jahr. Bei der Zahl der Blindenbeihilfenbezieher ist ein ständiger Anstieg zu beobachten, besonders bei den praktisch Blinden.

Der Kreis der Vollblinden variiert seit Jahren zwischen 2.450 und 2.550. Derzeit zählen wir 2.545. Dagegen ist die Zahl der praktisch Blinden von 827 Ende 1964 auf 1.142 am 31. Dezember 1966 und auf 1.310 Ende Oktober 1967 gestiegen. Hier handelt es sich vorwiegend um alte Menschen.

Analog der Anwendung des Aufwertungsfaktors bei den Dauerunterstützungen wurde auch beantragt, ab 1. Jänner 1968 die Blindenbeihilfen zu erhöhen, und zwar bei Vollblinden von 692 auf 740 Schilling und bei praktisch Blinden von 405 auf 430 Schilling.

Im Zusammenhang mit der Novellierung des Blindenbeihilfengesetzes wird ein weiterer Wunsch der Blinden durch das Falllassen der Einkommensgrenze erfüllt werden. Sie hat praktisch nie eine Rolle gespielt, obwohl sie rein rechtlich ihre Begründung hat, da es sich bei der Blindenbeihilfe um eine Fürsorgeleistung handelt, die nicht aus grundsätzlichen Erwägungen ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse beziehungsweise den wirtschaftlichen Bedarf gewährt werden soll.

Unser Behindertengesetz ist nun ein Jahr in Kraft, und dieses Jahr ist als Anlaufzeit zu werten. Allerdings wird auch noch das kommende Jahr der Erprobung der vom Gesetz vorgesehenen Maßnahmen dienen, und es ist anzunehmen, daß der Personenkreis, der in den Genuß von Rehabilitationsmaßnahmen kommen wird, sich vergrößert beziehungsweise daß eine gewisse Umschichtung innerhalb der verschiedenen Gruppen der Rehabilitationsmaßnahmen stattfinden wird.

Um diesen möglichen Entwicklungen Rechnung tragen zu können, wurde ein Betrag von 8,4 Millionen für die Behindertenhilfe vorgesehen. Insgesamt waren bis 1. November 1967 822 Anträge gestellt worden, davon 375 für Beschäftigungstherapie, 296 für Pflegegeld, 136 für Eingliederungshilfe und 15 um Zuerkennung eines Arbeitsplatzes in einer geschützten Werkstätte.

Ein Drittel der Anträge bezog sich also auf die Zuerkennung von Pflegegeld. Von den 296 Anträgen auf Pflegegeld wurden 169 positiv erledigt, 43 mußten abgewiesen werden und in 18 Fällen zogen die Antragsteller ihr Ansuchen zurück.

Bei den Maßnahmen der Eingliederungshilfe ging es in den meisten Fällen um Kostenzuschüsse zu orthopädischen Behelfen beziehungsweise um Zuschüsse für Aufenthalte in der Rehabilitationsstation Lanzendorf oder Hermagor. Wie erfolgreich die Arbeit der Behindertenhilfe sein kann, ist daraus ersichtlich, daß 35 Prozent der Behinderten, die seit Bestehen der Arbeitstherapeutischen Kurse betreut wurden, auf Arbeitsplätze vermittelt werden konnten.

Hauskrankenpflege und Pensionistenklubs

Für die Hauskrankenpflege, die mit rund fünf Millionen dotiert ist, stehen 134 Heimhelferinnen und Pflegerinnen zur Verfügung, von denen bis 30. September 119.559 Pflegestunden geleistet wurden; das sind um 6.629 Pflegestunden mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Der Hauskrankenpflege kommt größter prophylaktischer Wert zu, besonders bei alten, alleinstehenden Menschen verhindert sie oft die vorzeitige Aufnahme in einem Altersheim. Leider ist unser Bedarf an Personal noch lange nicht gedeckt, obwohl wir ständig um Frauen werben, die bereit sind, auch etwa nur stundenweise als Heimhelferinnen zu arbeiten.

Eine der wichtigsten Einrichtungen im Rahmen der Altenbetreuung bilden die Pensionistenklubs. Für ihre Führung sind 7,4 Millionen, das sind um 13 Prozent mehr als in diesem Jahr, vorgesehen. Wie in den vergangenen Jahren wurden auch heuer im Herbst wieder neue Klubs eröffnet, sodaß derzeit insgesamt 107 Klubs in Betrieb sind.

Die Bedeutung der Wiener Pensionistenklubs läßt die Tatsache erkennen, daß täglich mehr als 6.000 Männer und Frauen diese Klubs besuchen. Auch diese Einrichtung ist aus einer Fürsorgeeinrichtung hervorgegangen, wird heute jedoch zu 91,2 Prozent von ASVG-Pensionisten besucht. Der Erfolg der Pensionistenklubs zeigt, daß mit ihrer Führung ein echter Bedarf gedeckt wird, da er zu einer wichtigen Stätte der Begegnung wurde, in einer Zeit, in der die Vereinsamung besonders der alten Mitbürger ein ernstes psychohygienisches Problem darstellt.

Die Aktion, betagten Wienern einen Urlaubsaufenthalt zu ermöglichen, wurde auch in diesem Jahr wieder fortgesetzt. Auch hier ist es die Tendenz, eine ursprünglich als Fürsorgemaßnahme im engeren Sinn begonnene Betreuungsform zur Lösung eines Problems, das einen weitaus größeren Personenkreis belastet, zu erweitern.

Von den 2.050 Teilnehmern an der diesjährigen Urlaubsaktion waren 1.160 Dauerunterstützte und 890 Sozialrentner. Dazu trugen Befürsorgte und Ausgleichsrentner zu den effektiven Kosten von 850 Schilling als Einzelpersonen 500 Schilling und als Ehepaar 750 Schilling bei. Die finanzielle Dotierung dieser Aktion würde für das kommende Jahr mit 1,8 Millionen vorgesehen.

Fünf neue Pensionistenheime

Erfreulich ist, daß die Wiener Pensionistenheime so großen Anklang finden. 4.300 Personen haben sich für eine Aufnahme in eines der beiden bereits bestehenden beziehungsweise für die im Bau oder in Planung begriffenen Heime vormerken lassen. Das dritte Pensionistenheim, dessen Bau im Oktober in Ottakring begonnen werden konnte, wird 1969 fertig sein.

Vor kurzem hat der Verfassungsgerichtshof die Klage abgewiesen, die Anrainer des in Döbling geplanten Pensionistenheimes eingebracht hatten. Wenn die Klage auch noch den Verwaltungsgerichtshof beschäftigen wird, dürfte bereits im kommenden Jahr dieses Projekt realisiert werden.

Für das Frühjahr ist auch der Baubeginn für ein Pensionistenheim im 3. Bezirk sowie ein Zusatzbau zum Pensionistenheim "Föhrenhof" im 13. Bezirk geplant. Auch im 10. Bezirk wird ein Pensionistenheim, für das die Planung bereits angelaufen ist, errichtet werden. Vorausgesetzt, daß im kommenden Jahr alle fünf Projekte begonnen werden können, wird der Investitionsaufwand im kommenden Jahr inklusive der von der Stadt Wien schon zur Verfügung gestellten Kredite 59 Millionen betragen.

In den beiden bestehenden Heimen leben derzeit 306 Männer und Frauen. Nach der Errichtung der fünf geplanten beziehungsweise im Bau befindlichen Neubauprojekte werden zusammen mit den beiden bereits bestehenden Heimen zirka 1.400 Plätze im Rahmen des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime geschaffen sein.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Großer Verkaufserfolg in der Secession
=====

13. Dezember (RK) Der bisherige Verkaufserfolg in der Kulturamtsausstellung "Das gute Bild für jeden", die am 1. Dezember 1967 in der Wiener Secession eröffnet worden ist, läßt auf besondere Nachfrage des kunstsinnigen Weihnachtspublikums schließen. Bis jetzt sind bereits mehr als 370 Bilder und Plastiken im Wert von 142.000 Schilling gekauft worden. Damit wurden die Verkaufszahlen für den gleichen Zeitraum der Exposition "Das gute Bild für jeden" im Jahre 1966 erheblich überschritten.

Die Ausstellung, die vom Kulturamt gemeinsam mit der Wiener Künstlerschaft veranstaltet wird, ist noch bis 23. Dezember von 10 bis 20 Uhr, am 24. Dezember von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich. Insgesamt werden mehr als tausend Arbeiten, und zwar Ölbilder, Aquarelle, Zeichnungen, Druckgraphiken, Keramiken, Kleinplastiken und kleine Tapisserien feilgeboten.

- - -

Orff-Welturaufführung in Wiener Kinderheim
=====

13. Dezember (RK) Im Festsaal des Kinderheimes auf der Hohen Warte wird nächsten Dienstag, den 19. Dezember, um 10 Uhr, eine Welturaufführung stattfinden. Die Schüler und Schülerinnen des Institutes für Heimerziehung der Stadt Wien im 15. Bezirk, Siebeneichengasse, haben unter Leitung ihres Lehrers, selbst ein Orff-Schüler, ein Weihnachtsspiel von Carl Orff einstudiert, das an diesem Tag zum erstenmal öffentlich aufgeführt wird.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zu dieser Premiere zu entsenden. Ort: Festsaal des Kinderheimes auf der Hohen Warte 3 - 5. Zeit: Dienstag, 19. Dezember, 10 Uhr.

- - -

Gleisarbeiten beim Matzleinsdorfer Platz

=====

13. Dezember (RK) Wegen des Vorschreitens der Bauarbeiten am Matzleinsdorfer Platz muß in der Nacht vom Donnerstag, dem 14. Dezember, auf Freitag, den 15. Dezember eine neuerliche Verlegung der Gleisanlagen vorgenommen werden. Da dies jedoch nicht ausschließlich in der betriebslosen Nachtzeit erfolgen kann, muß der durchgehende Betrieb der Linie 6 bereits am Donnerstag, dem 14. Dezember, ab 22 Uhr unterbrochen und die Linie 65 ab dem gleichen Zeitpunkt eingestellt werden.

Als Ersatz für die durchlaufende Linie 6 und die Linie 65 werden die Linien wie folgt geführt: die Linie 6 von Simmering über Matzleinsdorfer Platz, zum Stefan Fadinger-Platz und zurück, eine Linie vom Bahnhof Koppreitergasse über Flurschutzstraße, Margaretengürtel, Matzleinsdorfer Platz, Reinprechtsdorfer Straße, Gumpendorfer Straße zur Mariahilfer Straße und zurück.

Zwischen diesen beiden Linien kann unter Zurücklegung einer kurzen Gehstrecke umgestiegen werden. Der letzte Zug der Linie 65 in Richtung zum Ring fährt um 21.27 Uhr ab Stefan Fadinger-Platz, in Richtung Stefan Fadinger-Platz um 21.46 Uhr ab Ring. Der letzte durchlaufende Zug der Linie 6 zur Mariahilfer Straße fährt um 21.08 Uhr ab Grillgasse und um 21.41 Uhr ab Mariahilfer Straße zur Grillgasse. Die Linien 18 und 62 verkehren normal.

- - -

Drei neue Renner-Preisträger
=====

13. Dezember (RK) Auf Grund eines einstimmigen Vorschlages des von ihm eingesetzten Kuratoriums hat Bürgermeister Bruno Marek bestimmt, daß der Preis des Jahres 1967 in der Höhe von 200.000 Schilling den drei Personengemeinschaften Akademie für Musik und darstellende Kunst, Wiener Konzerthausgesellschaft und Verband österreichischer Volksbüchereien verliehen wird. Die feierliche Preisverleihung findet am 25. Jänner 1968 im Rathaus

Damit wurden zum 14. mal seit ihrem Bestehen heuer die Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung verliehen. Die Stiftung trägt den Namen des großen Staatsmannes und geistigen Vaters der Ersten und Zweiten Republik, an den sich unser Volk stets dankbar erinnern wird. Der Wiener Gemeinderat hat Dr. Karl Renner anlässlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres durch die Errichtung der Stiftung ein sinnvolles Geburtstagsgeschenk gemacht.

Nach den geltenden Richtlinien können Einzelpersonen und Personengemeinschaften in den Genuß der Stiftung treten. Diese ist dazu bestimmt, Verdienste um die Republik Österreich zu belohnen. Es muß sich dabei um Leistungen von ganz besonderer Art handeln: Um ein mutiges, beispielgebendes Verhalten, das unter den erschwerendsten Umständen erfolgt und geeignet ist, die Beziehungen zu den Mitmenschen und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu vertiefen, um ein Wirken von weittragender Bedeutung, durch welches das Ansehen des Landes und seiner Bundeshauptstadt erhöht wird.

(Auszugsweise bereits mit Fernschreiber durchgegeben!)

- - -

Zivilschutzausstellung auf dem Alsergrund
=====Im 9. Bezirk lernt man: "Angewandte Neutralität"

13. Dezember (RK)

Auf dem Alsergrund, im Hause der Bezirksvorstehung in der Währinger Straße, hat die erste Wiener Zivilschutzausstellung dieser Tage ihre Premiere gefeiert. Mit Grundsatzreferaten des Präsidenten des Wiener Landesverbandes des Zivilschutzes Stadtrat Rudolf Sigmund, ferner von Univ.-Ass. Dr. Neuhold und Generalmajor Spanocchi wurde die Ausstellung am vergangenen Donnerstag eröffnet. Sie ist bis 20. Dezember täglich von 9 bis 18 Uhr zu besichtigen.

Der Bezirksvorsteher des 9. Bezirkes. Roman Köchl, hatte einen Teil des Heimatmuseums ausgeräumt, um der Ausstellung Platz zu schaffen. In Zusammenarbeit des Landesverbandes mit der Zweigstelle Alsergrund wurde hier eine Schau geschaffen, die eindringlich vor Augen führt, wie sehr es ~~letz~~lich auf das Verhalten des Einzelnen ankommt, am Tag X zu überleben. Der bereits in den Grundsatzreferaten zum Ausdruck gekommene Gedanke, die immerwährende Neutralität Österreichs aktiv zu sichern, wird hier an Hand von Schaubildern, Modellen und vielen praktischen Ratschlägen erörtert.

Wiener Bauordnung: Gewähr für Strahlenschutz

Beim Strahlenschutz - und dieser nimmt im Rahmen des Zivilschutzes den größten Teil der Vorbeugungsmaßnahmen ein - kommt es in erster Linie auf "dick gebaut" an. Wer also die stärkeren Mauern um sich hat, der wird später oder gar nicht von den Strahlen erreicht. Die moderne Bauweise hat gewiß ihre Vorzüge und vor allem ist sie in punkto Wärmedämmung und Schallschutz durchaus konkurrenzfähig mit den meterdicken Ziegelmauern wie man sie um die Jahrhundertwende baute. Nur daß diese obendrein noch geradezu prädestiniert für den Strahlenschutz erscheinen.

In dieser Hinsicht ist der 9. Bezirk besonders gut dran: Über 75 % seiner Wohnhäuser erhielten von einer Expertenkommission, in der auch Fachleute der technischen Hochschule saßen, das Strahlenschutzprädikat "sehr gut". Die Stufen "gut", "mittel",

"schlecht" und "gar nicht" sind in Wien überhaupt nicht sehr dicht gesät. Ein eindeutiges Verdienst der Wiener Bauordnung.

Eine Puppe wartet auf Ihren Mund

Die Ausstellung im Hause der Bezirksvorstehung selbst bietet unter anderem Anleitungen zum Thema "Wie können wir uns schützen?" und zur Haushaltsbevorratung für den Fall X. Darüber hinaus steht ein interessantes Versuchsobjekt zur Verfügung: Eine lebensgroße Puppe, an der man die Mund zu Mund Beatmung üben kann. Drei ständige Helfer in der Ausstellung geben jedem der es wissen will einschlägige Auskünfte im Zusammenhang mit dem Zivilschutz und Anregungen, wie man sich selbst ausbilden kann.

Zahlreiche Broschüren weisen darauf hin, daß es tatsächlich nur an uns selbst liegt, wie und ob wir überleben. In dem Heft "Eine U-Bahn für Wien ist Zivilschutz für Wien" zum Beispiel wird deutlich nachgewiesen, daß man auch das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden kann. Hauptsache, man überlebt's.

- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Für die Gesundheit der Wiener
=====

13. Dezember (RK) Nach der Behandlung der Verwaltungsgruppe IV wurden heute auch die Ansätze der Verwaltungsgruppe V (Gesundheitswesen) beraten. Stadtrat Dr. Otto Glück (ÖVP) führte in seinem Referat aus:

Es steht wohl außer Zweifel, daß in den letzten Jahrzehnten im Kampf gegen die Krankheiten außergewöhnliche Erfolge auf dem Gebiet der Diagnostik und der Therapie, vor allem was das frühzeitige Erkennen und das vorbeugende Behandeln pathologischer Geschehnisse betrifft, erzielt wurden. Dennoch ist der Mensch als einzelner kaum viel gesünder als früher, dafür aber ist die durchschnittliche Lebenserwartung im Laufe der letzten hundert Jahre um mehrere Jahrzehnte gehoben worden.

Also auf der einen Seite die großen Erfolge der Medizin, auf der anderen Seite jedoch die vielfachen Gesundheitsschäden, die den Menschen im modernen Industriezeitalter gefährden. Deshalb muß es Aufgabe unserer Gesundheitspolitik sein, allen Mitbürgern zu ermöglichen, gesund leben und bei Krankheit gesunden zu können. Jedoch der Verantwortung der Gesellschaft steht auch auf diesem Sektor die Verantwortung jedes einzelnen gegenüber. Jeder hat die Aufgabe und die Pflicht, nach besten Kräften für seine eigene Gesundheit zu sorgen.

Mehr Geld für Alkohol als für Gesundheit

Wenn wir hören, daß zum Beispiel bei uns in Österreich im Jahre 1966 weit über 10,5 Milliarden Schilling für Alkohol und 4,3 Milliarden Schilling für Nikotin ausgegeben wurden - wobei diese Zahlen nach den bisherigen Ermittlungen leider noch sehr im Ansteigen begriffen sind - so können wir diese Entwicklung nur mit allergrößter Sorge beobachten.

./.

Demgegenüber betrug im selben Jahr das gesamte Beitragsaufkommen aller gesetzlichen Krankenkassen rund 6,25 Milliarden Schilling. Auf der einen Seite also nahezu 15 Milliarden Schilling Ausgaben für Alkohol und Nikotin, auf der anderen Seite 6,25 Milliarden Schilling für unsere Krankenkassen. Eine erschütternde Gegenüberstellung!

Diese ungeheuren Summen, die von der Bevölkerung für Sucht- und Genußmittel ausgegeben werden, bei denen es klar erwiesen ist, daß sie nicht mehr wieder gutzumachende Schäden an der Gesundheit unserer Bevölkerung bewirken, zwingen doch jedem die Frage auf, ob nicht von diesen Milliardenbeträgen ein gewisser Prozentsatz für die Gesundheitsfürsorge abgezweigt werden müßte. Das Defizit auf dem Sektor der Gesundheitsverwaltung ist derartig groß, daß es wohl berechtigt ist, diese Frage anzuschneiden.

Für das Jahr 1968 sind für die Geschäftsgruppe, einschließlich der Lehrlingsheime und Altersheime, Ausgaben in der Höhe von zwei Milliarden vorgesehen. Im Vergleich zum Vorjahr daher eine Steigerung um 8,25 Prozent. Für die prophylaktische Medizin, die von der Magistratsabteilung 15 durchgeführt wird, sind ohne anteiligen Personal- und Sachaufwand 10,5 Millionen veranschlagt.

Auf diesem so großen und bedeutungsvollen Gebiet der praktischen, medizinischen Hygiene steht unsere Stadt, soweit dafür der öffentliche Gesundheitsdienst zuständig ist, hinter anderen europäischen Großstädten nicht nur nicht zurück, sondern die Erfahrungen, die Resultate der wissenschaftlichen Diskussionen bei den internationalen Tagungen und Kongressen, die sich mit dieser Sparte der Medizin befassen, zeigen, daß Wien in mancher Hinsicht als beispielgebend bezeichnet werden kann.

Bei den Infektionskrankheiten ist die Zahl der Scharlacherkrankungen weiterhin im Abnehmen begriffen. Die Diphtherie, sicher auch ein Erfolg der prophylaktischen Maßnahmen, ist nahezu bedeutungslos geworden. Ebenso ist in diesem Jahr kein Fall von übertragbarer Kinderlähmung aufgetreten.

Auf dem Gebiet der Tuberkulose ist es nun endlich soweit, daß das Tuberkulosengesetz realisiert wird. Wir sind jedes Jahr bemüht, mehr Personen zu den Schirmbildreihenuntersuchungen heranzuziehen. Seit kurzer Zeit werden auch die Studenten von unseren Reihenuntersuchungen erfaßt.

94 Prozent aller Neugeborenen werden gegen Tuberkulose geimpft.

Im Rahmen der Fürsorge für Alkoholranke und Psychohygiene wird nun zusätzlich ein Geriatischer Dienst eingerichtet. Der Stand der karteimäßig erfaßten Patienten an Geisteskranken und Alkoholkranken hat sich bereits auf über 23.000 erhöht. Das notwendige und umfassende System der Nachbetreuung der aus stationärer Behandlung entlassenen Geisteskranken wird auch im kommenden Jahr weiter ausgebaut und zählt zu den modernsten Einrichtungen dieser Art.

Auf dem Gebiet der Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung konnte in zahlreichen Fällen durch das Eingreifen des Gesundheitsamtes in Wege des Sachverständigenutachtens bei gewerbe-rechtlichen, baurechtlichen und anderen Verfahren ein wirksamer Schutz der Anrainer erreicht werden. Derzeit sind mit der Magistratsdirektion Unterhandlungen im Gange über die Errichtung einer lufthygienischen Überwachungsstelle.

Personalsorgen in den Krankenhäusern

Wenn ich nun über die Tätigkeit der Magistratsabteilung 17 berichte, so ist unsere größte Sorge, daß uns ein Spitalsbett derzeit pro Kopf und Tag mit Investitionen kosten von 450 Schilling verursacht.

Die Gesamtausgaben der Wiener städtischen Krankenanstalten werden im kommenden Jahr zirka 1,4 Milliarden Schilling betragen. Von diesen Ausgaben entfallen auf Personalkosten und Sozialversicherung nahezu 843 Millionen Schilling und auf Arzneien 134 Millionen Schilling.

Auch der personelle Fragenkomplex bereitet uns nach wie vor große Sorgen. Zwar ist auf dem Ärztesektor durch Zugang jung promovierter Ärzte der derzeitige Bedarf gedeckt. ./.

Beim Hauspersonal gibt es durch Einstellung von firmenangehörigen Arbeitskräften und Fremdarbeitern eine spürbare Erleichterung. Immerhin beträgt der Unterstand auf diesem Sektor noch etwa 170 Personen. Am empfindlichsten trifft uns der Personalmangel auf dem Gebiet der Krankenpflege. Derzeit sind aus diesem Grund - es fehlen uns zum Beispiel in diesem Monat 269 Schwestern - 664 Betten gesperrt.

Dank unserer intensiven Werbemaßnahmen, als auch der zweifellos wesentlich gebesserten Gesamtsituation im Bereich des Krankenpflegeberufes in bezug auf Unterbringung und Bezahlung konnte der effektive Stand des Pflegepersonals heuer das erste Mal konstant gehalten werden. Es ist uns auch gelungen, ausländische Arbeitskräfte zu gewinnen. Insgesamt werden derzeit 150 Personen aus dem Ausland als Krankenpflegepersonal beschäftigt. Im kommenden Jahr nun sollen die Werbeaktionen für unsere Schwesternschulen weiter aktiviert werden. In diesem Jahr und im nächsten Jahr werden auch weitere Schwesternwohnungen dem Personal zur Verfügung gestellt.

Der heutige Stand der Medizin und die ständig weitere Spezialisierung stellen auch an das Krankenpflegepersonal erhöhte Anforderungen. Ich glaube, daß dieser Tatsache am besten damit Rechnung getragen werden könnte, wenn durch eine Novellierung des Krankenpflegegesetzes ein gehobener Krankenpflegefachdienst geschaffen wird.

Fortschritte bei den Bauvorhaben

Lassen Sie mich nun kurz über die wichtigsten Fortschritte im Rahmen der Bauvorhaben unserer Krankenanstalten für das Jahr 1968 berichten.

Der Neubau der Universitätsklinik geht planmäßig weiter. Im kommenden Jahr wird der Neubau der Psychiatrischen Klinik, der kinderpsychiatrischen Klinik, der heilpädagogischen Abteilung und der Kinderklinik begonnen werden. Für diesen Neubau sind von Seiten der Gemeinde Wien 90 Millionen Schilling vorerst bereitgestellt.

Bauabschnitt I, der die Personalwohnhäuser, Schulgebäude usw. umfaßt, ist im heurigen Jahr abgeschlossen worden. Die Personalwohnhäuser werden im Jahre 1968 besiedelt, die große Schwesternschule wird im Laufe dieses Monats ihren Schulbetrieb in den neuen Räumen aufnehmen.

An den sogenannten neuen Kliniken sind an der II. Frauenklinik ein Zentral- und Hormonlaboratorium errichtet worden, und an der I. Medizinischen Klinik ist der umfangreiche Zubau im Rohbau fertiggestellt worden. Derzeit wird an der Innenausstattung gearbeitet.

An der II. Chirurgischen Klinik und an der I. Frauenklinik, die mit einem Kostenaufwand von 180 Millionen Schilling in Umbau sind, wird im neu erbauten Westtrakt der Betrieb in den Operationssälen aufgenommen und die moderne nach den neuesten Erkenntnissen ausgebaute Intensivpflegestation in Betrieb genommen.

Im Jahre 1968 wird der Trakt Spitalgasse zum Umbau kommen und es ist damit zu rechnen, daß dieser großzügige Bau in ein- einhalb Jahren beendet sein wird.

Außerdem erhält in den neuen Kliniken die 1. und 2. Frauenklinik im kommenden Jahr ein Kobaltbestrahlungsgerät.

Auch im alten Haus mußten noch verschiedene Arbeiten durchgeführt werden, und zwar an der I. Chirurgischen Klinik, der Neurochirurgischen Klinik, der Orthopädischen Klinik und der Kieferchirurgischen Klinik. Diese Arbeiten sind im großen und ganzen bereits abgeschlossen.

Die Fertigstellung der sogenannten ambulanten künstlichen Niere an der urologischen Klinik wird in einigen Monaten erfolgen.

Außerdem werden im alten Haus die Hautklinik und die Augenklinik adaptiert. Im Zentralröntgeninstitut wird eine Betatronbestrahlungsanlage errichtet und Warteräume geschaffen.

Das zweite große Bauvorhaben, die Fortsetzung des Neubaues der Krankenanstalt Rudolfstiftung, ist im kommenden Jahr sichergestellt. Ein Betrag von 29 Millionen Schilling ist dafür vorgesehen.

Die Abbrucharbeiten gehen derzeit planmäßig voran. Im kommenden Jahr kann, nachdem in der letzten Bauausschußsitzung Detailfragen noch geklärt wurden, mit dem Neubau des Bettentraktes begonnen werden. Bei dieser Bauausschußsitzung wurde auch ein Musterkrankenzimmer ausgestellt. Ich glaube mit Recht sagen zu dürfen, daß alle Erfahrungen des modernen Spitalsbetriebes bei Erstellung dieses Krankenzimmers und der Stations-einheit berücksichtigt wurden. Nach Meinung der Fachleute kann damit gerechnet werden, daß dieses Spital in zirkum 4 Jahren fertiggestellt sein wird.

Im Krankenhaus Lainz wird nun nach Fertigstellung der Betatronanlage, die in diesem Jahr dem Betrieb übergeben wurde, ein großes Zentral- und Isotopenlaboratorium errichtet. Vor einigen Monaten konnte die Dachgleiche dieses für das Spital ungeheuer wichtigen Gebäudes gefeiert werden. Es wird auch mit dem Bau einer Rohrpostanlage im kommenden Jahr in diesem Schwerpunktspital begonnen. In der großen chirurgischen Abteilung dieses Spitals wird derzeit eine angiologisch-diagnostische Abteilung mit entsprechendem Laboratorium errichtet.

Im Wilhelminenspital wird im Jahre 1968 der große Unfallpavillon im Rohbau fertiggestellt sein. Ausbau der Prosektur, Modernisierung und Umbau der physikalisch-medizinischen Abteilung, Beginn des Umbaus des Pavillons 27 mit entsprechender Vergrößerung und Modernisierung des Zentrallaboratoriums, Umbau des alten Direktionsgebäudes in ein Schwesternhaus und verschiedene andere Arbeiten werden im nächsten Jahr in diesem Spital in Angriff genommen.

Im Franz Josef-Spital wird derzeit ein Kobaltbunker errichtet und weiters die Röntgenabteilung - und das war ein dringendes Anliegen - dieses Spitals durch Zubau entsprechend vergrößert.

Die Fernheizung für das Elisabethspital wird voraussichtlich im kommenden Jahr fertiggestellt werden. Leider wurde mir für das nächste Jahr für den geplanten Neubau dieses Spitals ein entsprechender Betrag im Budget noch nicht zur Verfügung gestellt.

Im Sophienspital wird 1968 der Umbau der Küche fertiggestellt werden können.

In der Allgemeinen Poliklinik kann im kommenden Jahr mit dem Neubau des Pathologischen Institutes begonnen werden.

Im Krankenhaus Floridsdorf wird eine Frischoperiertenstation geschaffen.

Für die Sennelweis-Frauenklinik wurde ein entsprechender Betrag für die Erneuerung der Fassaden bereitgestellt.

Die Planungsarbeiten des Krankenhauses Wien-Ost, es handelt sich hierbei um ein Akutspital mit angeschlossener Abteilung für chronisch Kranke, werden bald abgeschlossen sein, so daß unter der Voraussetzung der finanziellen Sicherstellung unter Umständen bereits im kommenden Jahr mit dem Neubau dieses großen Spitals begonnen werden könnte.

In der Kinderklinik Glanzing wird im Zusammenhang mit dem Neubau des großen Schwesternhauses eine Zentralheizungsanlage installiert und ein Zubau für einen Personenaufzug geschaffen.

Im Mautner Markhof'schen Kinderspital wird zur Errichtung einer Operationseinheit ein Zubau zum Hauptgebäude vorgenommen und die Modernisierung und Adaptierung der Boxenstation durchgeführt.

Im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel wird eine große Fernheizzentrale in dem in Bau befindlichen Schwesternhaus Riedelgasse errichtet, die das Krankenhaus mit Wärme versorgen soll.

In der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe wird der Umbau des Pavillons Leopold fortgesetzt und vermutlich im kommenden Jahr abgeschlossen werden können.

Im Psychiatrischen Krankenhaus wird 1968 der Pavillon 24, der generaladaptiert wurde, fertiggestellt. Im allgemeinen ist zu sagen, daß die Intensivierung der ärztlichen und pflegerischen Betreuung, der steigende Einsatz arbeits-therapeutischer Maßnahmen sich derart vorteilhaft auswirken, daß - entgegen den sonstigen gesamtösterreichischen Entwicklungen auf diesen Sektor, - seit vorigem Jahr eine Rückläufigkeit im Bettenbelag zu verzeichnen ist.

Sehr erfreulich, besonders auch vom medizinischen Standpunkt, ist die Tatsache, daß nunmehr keine Regreßansprüche an Patienten beziehungsweise an die unterhaltspflichtigen Angehörigen gestellt werden. Von den täglichen Pflegegebühren von 85 Schilling bezahlt nun die Sozialversicherung 65 Schilling, während der Rest den Betriebsabgang belastet.

Altersheime und Krankenbeförderung

Bei unseren städtischen Altersheimen hat sich der systemisierte Bettenstand nicht verändert. Eine wesentliche Erleichterung für die einzuweisenden Pflegefälle wurde durch eine in diesem Jahr ins Leben gerufene Neuregelung des Aufnahmemodus erreicht. Der Patient wird nun von der bevorstehenden Aufnahme in ein Altersheim zeitgerecht verständigt, so daß er beziehungsweise die Angehörigen die Möglichkeit haben, die Transferierung sorgfältig vorzubereiten. Außerdem wurde dem Roten Kreuz die Einweisung in unsere Altersheime übertragen, die nun nicht mehr wie früher in Sammeltransporten, sondern einzeln erfolgt.

Eine weitere wichtige Einrichtung meiner Geschäftsgruppe für unsere Stadt stellt der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst dar. Im kommenden Jahr können die Renovierungsarbeiten der Zentrale fertiggestellt werden, der Umbau und die Modernisierungsarbeiten der Rettungsstation Mariahilf abgeschlossen werden, und außerdem, was mich besonders freut, kann im Jahre 1968 mit der Errichtung einer neuen Station des Rettungsdienstes im 17. Bezirk begonnen werden. In diesem Monat bekommen wir zehn neue Rettungsfahrzeuge, im Jahre 1968 ist die Anschaffung von acht Ambulanzfahrzeugen und einem Lastkraftwagen vorgesehen. Mit der Neuorganisation und dem Um- beziehungsweise Neubau von Stationen ist es uns gelungen, diese wichtige Einrichtung der Stadt Wien auf einen Stand zu bringen, der internationale Anerkennung und Nachahmung findet.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Achtung! Wir setzen nun mit der Debatte über das Wohlfahrtswesen fort

Debatte über das Wohlfahrtswesen
=====

Als erster Redner in der Debatte über die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, spricht GR. Lauscher (KLS). Er verlangt eine forcierte Fertigstellung der derzeit im Bau befindlichen Pensionistenheime und die Planung und Errichtung weiterer Heime. Immer mehr ältere Menschen interessieren sich für diese hervorragende Einrichtung, nur können sie leider nicht ausreichend berücksichtigt werden. Leider ist auch die Aufnahme in ein Altersheim noch immer schwierig und mit langen Wartezeiten verbunden. Die meisten Menschen, die sich aber dazu entschlossen haben, in ein Altersheim zu gehen, sind krank oder zumindest pflegebedürftig. Es erscheint daher die Errichtung von Altersspitälern oder Abteilungen dringend notwendig.

Im vergangenen Jahr wurde bereits davon gesprochen, einen sogenannten "Essensdienst auf Rädern" für hilfsbedürftige alte Menschen einzurichten. Seither hat man nichts mehr davon gehört. Ähnlich ist es mit dem Versuch der Altenbetreuung, der in einem Wiener Bezirk unternommen wurde. Es wäre interessant zu erfahren, welche Schlußfolgerungen daraus gezogen werden konnten.

Der Redner ersucht auch um Mitteilung, warum die Ausgabenansätze für Aushilfen um zwei Millionen gekürzt wurden. Interessant wäre es zu erfahren, wie sich die Landaufenthaltsaktion entwickelt hat, seit die Urlauber hierfür einen Beitrag leisten müssen.

Begrüßungswert sei die Einführung der 7-Tage-Straßenbahnkarte für die Blinden. Eine immer wieder vorgebrachte Forderung seiner Fraktion wurde damit endlich erfüllt.

Zur Jugendfürsorge: Die Stadt Wien verweist immer wieder darauf, welches großes Interesse sie an der Unterbringung von Pflegekindern bei Pflegeeltern hat. Sie würdigt die Leistungen dieser Pflegemütter auch durch Ehrungen die geplante Erhöhung der Pflegebeiträge und Ähnliches. Leider hat man es bis jetzt versäumt, für die Pflegemütter eine Kranken- und Pensionsversicherung abzuschließen. Gerade diese Frauen, die so viel Mühe, Geduld und Liebe für die Pflegekinder aufbringen, müßten in ihrer Existenz gesichert sein.

Groß sei auch der Mangel an Kindergarten- und Hortplätzen, vor allen in den neu erschlossenen Siedlungsgebieten. Hier müßte dringend Abhilfe geschaffen werden. So steht zum Beispiel im 23. Bezirk nur ein Hauptschulhort zur Verfügung.

Als erfreulich bezeichnete es GR Lauscher, daß es nun gewisse Erleichterungen für Kindergärtnerinnen gebe. Ab September - mit Beginn des Arbeitsjahres - werden erstmalig Ersatzkräfte zur Verfügung gestellt, wenn eine Kindergärtnerin durch Krankheit etc. ausfällt. Wenn keine Ersatzkraft gestellt werden kann, erhalten die verbleibenden Kolleginnen eine Erschwerniszulage, die zwischen 11 bis 13 Schilling beträgt. Wenn jedoch in einem Kindergarten zwei Kräfte ausfallen, wird trotzdem nur eine Erschwerniszulage bezahlt.

Das Essen in den Horten bezeichnete der Redner als hinsichtlich der Qualität noch immer nicht zufriedenstellend, zum Teil sei es auch nicht ausreichend.

Wenn es beispielsweise Topfenkreme gibt, die bei den Kindern sehr beliebt ist, reiche die Menge nie. Die Kindergärtnerinnen wären dann gezwungen, vom Obstgeld - das 50 Groschen pro Kind betrage - etwas nachzukaufen.

Für das Stadtgebiet links der Donau sei dringend ein Sonderkindergarten für entwicklungsgeschädigte Kinder erforderlich. Eltern solcher Kinder, die diese in einem der beiden bestehenden Wiener Kindergärten haben, klagen über den weiten Weg. Es sei bedauerlich, daß das Budget 1968 kein Geld für den Bau eines Kindergartens für entwicklungsgeschädigte Kinder für die Bezirke 21. und 22. vorsehe.

Im Zusammenhang mit den Vorkommnissen im Lindenhof bedauerte es GR Lauscher, daß dem Gemeinderat nicht mitgeteilt worden sei, zu welchen Ergebnissen und Schlußfolgerungen die Heileitung und das Jugendamt nach Untersuchung der Vorfälle gekommen seien.

Bedauerlich sei auch der große Platzmangel in Erziehungsheimen. Oft vergehe ein Jahr, bis ein Jugendlicher eingewiesen werden könne.

Seitens der Fürsorgerinnen seien Klagen laut geworden, dass für die Betreuung ausserehelicher Mündelkinder fast keine Zeit bleibe - eine Erscheinung, die gefährliche Folgen nach sich ziehen könne.

Abschließend stellte GR. Iauscher fest, daß seine Fraktion auch heuer so wie im vergangenen Jahr den Ansätzen im Kapitel Wohlfahrtswesen ihre Zustimmung geben werde.

Der nächste Debattenredner Dr. Hirnschall (FPÖ) gab seinem Bedauern Ausdruck, daß der bei der Weltausstellung in Montreal gezeigte Wiener Modellkindergarten für die Wiener Kinder leider nicht erreichbar sei. Von den Wiener Kindern im Alter von vier bis sechs Jahren hätten nur zwei Fünftel die Möglichkeit, einen Kindergartenplatz zu bekommen - und die Hälfte dieser Plätze befinde sich in Privatkindergärten. Man müsse der Ansicht der Bevölkerung zustimmen, daß es die Pflicht der Stadtverwaltung sei, für genügend Kindergartenplätze genau so zu sorgen wie für Plätze in den Schulklassen oder für das Spitalsbett.

Dann schilderte GR. Dr. Hirnschall das Ergebnis seiner Bemühungen, die beiden Kinder einer in Altmannsdorf wohnenden Frau, die sich an ihn gewandt hatte, in einem Kindergarten unterzubringen. Im Kindertagesheim Altmannsdorfer Straße waren nicht weniger als 112 Kinder für freiwerdende Plätze vorgemerkt - genau so viele Kinder, als dort überhaupt Plätze zur Verfügung stehen. Bei 80 dieser 112 Kinder handelte es sich um sogenannte Sofortfälle.

Der Versuch, die beiden Kinder in Kindergärten oder Heimen auf dem Weg vom 23. Bezirk in den 1. Bezirk (dem täglichen Fahrweg der Frau) unterzubringen, schlug gleichfalls fehl.

Im Budget seien um 4 Millionen Schilling mehr für den Bau von Kindergärten vorgesehen als im letzten Jahr. Dafür könnten nach der Bauleitung der letzten Jahre durchschnittlich 400 neue Plätze geschaffen werden. Das sei natürlich viel zu wenig, da der derzeitige ~~Ein~~bestand rund 12.000 bis 14.000 Kindergartenplätze betrage.

Im Hinblick auf die Errichtung neuer Wohnviertel sei zu bemerken, daß es keine Koordination mit dem Bau neuer Kindergärten gebe.

Auf das Personalproblem eingehend, meinte GR. Dr. Hirnschall, daß die Werbung für den Beruf der Kindergärtnerin in den Schulen kaum zu bemerken sei. Dabei müßte es leichter sein, Interessentinnen für den Beruf einer Kindergärtnerin zu gewinnen als für Krankenpflegerinnen, weil es im Kindergartenendienst ein freies Wochenende und keinen Nachtdienst gebe.

Als einzigen Ausweg in der gegenwärtigen Situation bezeichnete GR. Dr. Hirnschall eine stärkere Unterstützung der privaten Kindergärten. Das sei zwar nicht ideal, aber die vermutlich einzige Möglichkeit, die Zahl der Kindergartenplätze in absehbarer Zeit zu erhöhen.

Befriedigt zeigte sich der Redner von der steigenden Zahl der privaten Pflegestellen, und zwar aus zwei Gründen: erstens sei die Aufnahme eines Kindes in eine familiäre Atmosphäre immer allen anderen Möglichkeiten vorzuziehen, und zweitens stellten sich sich private Pflegeplätze billiger als solche in Heimen.

Die Behindertenhilfe (dotiert mit 8,4 Millionen) war für Dr. Hirnschall Anlaß zu kritischen Bemerkungen: Die Bericht-erstatteerin habe ihm gegenüber einmal das Argument gebraucht, die Möglichkeiten dieses Gesetzes für Behinderte hätten sich unter der betroffenen Bevölkerungsgruppe erst teilweise herum-gesprochen. Das, sagte der Redner, sei kein Argument. Vielmehr solle sich die Stadt Wien des nun vorhandenen großen In-formationensapparats bedienen, um alle Behinderten darauf auf-merksam zu machen, daß sie aus diesem Gesetz Ansprüche auf Leistungen der Öffentlichkeit hätten.

Im übrigen aber werde seine Fraktion dem Voranschlag dieses Kapitels gerne ihre Zustimmung geben.

Als nächster Redner meldete sich GR. Lehner (ÖVP) zum Wort. Eingangs betonte er, die ÖVP begrüße die Ansatzserhöhung für die Jugendbetreuung (um 52 Millionen auf 491 Millionen Schilling) mit aufrichtiger Freude; er sei überzeugt, daß jeder hier aufgewendete Schilling mit Zinsen und Zinseszinsen zurück-komme. Außerdem sei bekannt, daß die Wiener Jugendbetreuer zu den bestausgebildeten der Welt zählten.

Aber auf diesem Gebiet könne eben niemals genug geschehen. Und deshalb bedauere er es, daß die - vielfach vorhandene - Privatinitiative von der Stadt Wien nicht stärker forciert werde.

Man müsse dieser Privatinitiative nicht nur mehr Spielraum geben, sondern ihr auch entsprechend unter die Arme greifen. Lehner nannte dazu zwei mögliche Wege: Die Baulandbeschaffung und die Gewährung zinsfreier Kredite.

Der Redner erwähnte die 200 Kindergärten der Caritas und behauptete, die privaten Jugendbetreuungsorganisationen hätten durchaus den festen Willen, stärker an diesen Aufgaben mitzuwirken. Aber leider seien ihre Versuche meist zum Scheitern verurteilt, obwohl man zugeben müsse, daß private Organisationen mit den einschlägigen Problemen ebenso gut fertigwerden könnten, wie die öffentliche Hand. Und im übrigen sei es grundsätzlich falsch, die Jugendbetreuung allein in die Hände der Gemeinde zu legen. Noch einen zweiten Vorteil der Jugendbetreuung durch private Organisationen nannte der Redner: Diese hätten aus vielerlei Gründen die Möglichkeit, sparsamer zu kalkulieren als die Gemeinde Wien.

Hinsichtlich der Sonderkindergärten bedauerte Lehner, daß für schwerstbehinderte Kinder - die wohl bedauernswerteste Gruppe - insgesamt nicht mehr als 22 Pflegeplätze zur Verfügung stünden.

Lobende Worte hatte der Redner für die Wiener Jugend, als er auf das Gebiet der Jugendkriminalität zu sprechen kam. "Im Verhältnis zur Kriminalität der Jugend in vergleichbaren Großstädten haben wir in Wien eine Jugend, die zur bravsten des Kontinents zählt." Dies sage er, obwohl er vor der steigenden Anzahl der Delikte nicht die Augen verschließen wolle. An diesen Delikten sei aber nicht zuletzt das vorgelebte Beispiel der Erwachsenen schuldtragend.

Man müsse aber auch, meinte Lehner, derjenigen Jugendlichen gedenken, die Opfer von kriminellen Taten geworden seien. In den letzten zehn Jahren habe es in Wien nicht weniger als 33 Kindesmorde gegeben, wobei die unmittelbar nach Geburten begangenen Delikte noch gar nicht eingerechnet seien. Auch die Fälle von Kindesmißhandlungen würden von Jahr zu Jahr alarmierender.

Kindesmißhandlungen kommen öfter vor, als in der Öffentlichkeit bekannt ist. Dabei wirkt es sich ungünstig aus, daß das Jugendamt keinen permanenten Journaldienst hat. Interventionen nach Amtsschluß bleiben bis zum nächsten Werktag liegen.

Auch die einzige weibliche Kriminalbeamtin, die in Wien Nachtdienst hat, ist nicht immer zu erreichen, und so müssen Kinder häufig in den Polizeiwachstuben darauf warten, daß man sich ihrer annimmt. Da diese Kinder aber manchmal unter Schockwirkung stehen, ist es sehr wichtig, daß sie schnell in erfahrene Hände kommen.

Der Redner stellte sodann den Antrag, beim Jugendamt der Stadt Wien einen permanenten Jorunaldienst einzurichten, bei dem bewährte Fürsorgekräfte verwendet werden sollen.

Verschiedentlich wirft man den Wiener Jugendlichen Dinge vor, für die sie gar nicht verantwortlich sind, so kürzlich mutwillige Zerstörungen in den Autobussen der Linie 39 A, die höchstwahrscheinlich nicht durch Wiener Jugendliche verursacht wurden. Wien ist auch vom Unwesen jugendlicher Banden, wie sie in anderen Ländern auftreten, glücklicherweise verschont.

Das Schwergewicht dieser Verwaltungsgruppe muß sich immer mehr von der Fürsorge weg zur Vorsorge hin verlagern. Da die Altersfürsorge überraschend stark zurückgegangen ist, muß es jetzt unser Ziel sein, die Jugendfürsorge zu reduzieren. Sehr wichtig ist dabei die Aufklärung und Information von Eltern und Erziehungsberechtigten. Es wurde bereits einmal angeregt, weibliche Kriminalbeamte vor Eltern und Lehrern über ihre Erfahrungen sprechen zu lassen. Beachtung verdienen auch die Berichte des Gesundheitsamtes, die auf verschiedene Gefahren hinweisen, die auf unsere Jugendlichen in der Großstadt lauern.

Das Erziehungsheim Eggenburg ist durch den gewalttätigen Ausbruchversuch einer Gruppe ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Viel weniger geschrieben wird jedoch über die vorbildlichen Leistungen im Lindenhof, beispielsweise darüber, daß die Jugendlichen hier fast jeden Beruf erlernen können und meist erfolgreich die Gehilfenprüfungen ablegen. Immer wieder kommt es vor, daß ehemalige Zöglinge samt ihren Familien nach Eggenburg zu Besuch kommen. Sehr interessant sind auch die neuen Wege der Freizeitgestaltung, die der sehr tüchtige Heimleiter beschreitet. Unverständlich ist allerdings, daß den Zöglingen keine Lehrlingsentschädigung bezahlt wird, wie sie jeder private Unternehmer leisten muß.

Ein gutes Bild auf die Jugendlichen Wiens wirft es, daß von allen jenen, die gerichtlich verurteilt werden, nur 0,8 bis ein Prozent rückfällig werden. Überhaupt gibt es jetzt weniger straffällige Jugendliche, als früher.

Man darf sich von äußeren Symptomen nicht über die heutige Jugend täuschen lassen. Die gegenwärtige Begeisterung für Beatmusik ist immer noch erfreulicher, als der politische Fanatismus früherer Zeiten.

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) verweist auf die Veränderungen, die unser Leben in den letzten Jahrzehnten durch die Erfolge von Wissenschaft und Technik erfahren hat. Die großen Leistungen auf diesen Gebieten, nicht zuletzt die kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen haben dazu geführt, daß die Menschen heute um vieles älter werden. Die Zahl der alten Mitbürger wächst wesentlich rascher, als die Zahl der Gesamtbevölkerung von Wien. Im Jahr 1966 war jeder achte Wiener mehr als 70 Jahre alt, 1910 war es nur jeder fünfzigste. Die erhöhte Lebenserwartung rückt aber nun das Problem der alten Menschen immer mehr in den Vordergrund und es ist daher Aufgabe einer modernen und fortschrittlichen Gesellschaft, für diese alten Leute zu sorgen. Durch die Leistungen der Gemeinschaft sind die materiellen Sorgen im großen und ganzen meist gemildert. Wir stehen heute vor der Gefahr der Vereinsamung. Die Gemeinde Wien hilft hier nun entscheidend durch die immer größere Zahl von Pensionistenklubs. Die alten Leute erhalten die Möglichkeit zur Geselligkeit, machen Handarbeiten haben Vorträge und monatlich einen "sorgenfreien" Tag. Wir müssen jedoch auch versuchen, die Nachbarschaftshilfe immer mehr anzukurbeln.

Sehr gut bewähren sich unsere Pensionistenheime. Es ist zu hoffen, daß das nun im Bau befindliche dritte Heim 1969 fertig wird. Am schönsten wäre es wohl, wenn jeder Bezirk im Laufe der Zeit zu einem Pensionistenheim käme, um den Leuten das Wohnen in ihrer gewohnten Umgebung auch an ihrem Lebensabend zu ermöglichen.

Für unsere Behinderten wurde durch die Errichtung des Rehabilitationszentrums und durch die Führung der arbeitstherapeutischen Kurse sehr viel getan.

700 Kursteilnehmer konnten in den normalen Arbeitsprozeß eingegliedert werden und sorgen damit auch selbst für ihren Lebensunterhalt. Auch "Jugend am Werk", leistet durch die Betreuung der jungen Menschen gute Arbeit. Von 1945 bis 1967 wurden von der Aktion rund 31.000 Jugendliche erfaßt, von denen 24.000 ins Berufsleben eingegliedert werden konnten.

Wesentlich für eine gute Fürsorgearbeit sind jedoch jene Frauen, die mit viel Idealismus einen Sozialberuf ergriffen haben. Die Fürsorgerinnen, die in ihrem Beruf ja zur Hauptsache mit den Schattenseiten des Lebens in Berührung kommen, glauben jedoch, daß ihre Leistungen mehr Anerkennung finden sollten. Manches wurde schon erreicht, doch dürfte bei der Erstellung des Sozialschemas die Fürsorgerin nicht vergessen werden.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) stellt fest, daß in der Gruppe IV zwar um 80 Millionen Schilling mehr veranschlagt sind, daß jedoch die Aufwendungen für Investitionen trotzdem nicht ausreichend sind. Der geplante Bau von vier Kindergärten sei zu gering, gemessen an der Zahl jener Kinder, die für einen Platz vorgemerkt sind.

Einer Überprüfung wert wäre es auch, ob und wie unsere moderne Industriegesellschaft mit dem Problem der älterwerdenden Menschen fertig wird und ob es hier nicht gelte, neue Wege zu finden. Der alte Mensch stellt heute andere Ansprüche an Wohnkomfort und auch an Beschäftigung. Das zeigt der große Zuspruch zu unseren Pensionistenheimen.

Die Rednerin meint, daß man mit den Pensionistenklubs allein auf die Dauer das Problem nicht werde lösen können.

Auf einem internationalen Kongreß in Graz wurden heuer im Sommer einige brauchbare Wege aufgezeigt, wie man den alten Leuten einen neuen Lebensinhalt vermitteln soll. Darauf kommt es nämlich an. Die Altenhilfe muß nicht nur die materielle Not, sondern auch die Einsamkeit lindern. In diesem Zusammenhang weist Dr. Hubinek auf das deutsche Bundessozialhilfegesetz und auf die Einrichtung von Altenberatungsstellen in Graz hin. Was solche Beratungsstellen betrifft, sei von der ÖVP bereits vor zwei Jahren ein diesbezüglicher Antrag gestellt worden, mit dem sie leider nicht durchdringen konnte. Die Fürsorgeämter sind zumeist nicht imstande, solche Aufgaben zu erfüllen. Auch die Ausbildung der Sozialarbeiter für die Pensionistenklubs läßt manches zu wünschen übrig.

Als Beispiel für einen richtigen Weg auf dem Gebiet der Altenhilfe führt die Rednerin die private Caritas-Aktion "Diene dem Alter" an, die ohne Förderung seitens der Gemeinde Wien arbeitet und unter anderem einen vorzüglichen Heimhilfedienst organisiert hat, der allerdings unter finanziellen Schwierigkeiten leidet.

Tatsache ist, daß die private Fürsorge nicht an Personalmangel, sondern an Geldmangel leidet. Eine Koordination, ein Arrangement zwischen öffentlicher und privater Fürsorge wäre also zweifellos vonnöten.

Es sei erfreulich, daß bei einer anderen, von der OVP-Fraktion beantragten Aktion unter dem Motto "Essen auf Rädern", nach einem Jahr Verhandlungen wenigstens Versuche in dieser Richtung unternommen werden.

Auch die Lebensmüdenfürsorge wurde von öffentlichen Stellen in Wien bisher vernachlässigt. Laut Statistik gab es in unserer Stadt in den Monaten Juli, August und September insgesamt 108 Selbstmorde und 287 Selbstmordversuche. Die private Lebensmüdenfürsorge der Caritas feiert im kommenden Jahr ihr 20jähriges Bestehen. Es wäre wünschenswert, wenn die offiziellen Stellen zumindest einen kleinen Beitrag zu den Personalkosten dieser Aktion leisten könnten.

Im Zusammenhang mit der geringen Zahl von Anträgen nach Leistungen auf Grund der Behindertenfürsorge meint die Rednerin, daß mehr Information über diese Leistungen notwendig wäre. Außerdem wäre zu überlegen, ob nicht doch die Meldepflicht für behinderte Kinder eingeführt werden könnte. Zwar steht dem das Ärztegeheimnis entgegen, aber vielleicht ließe sich ein gangbarer Weg finden.

Die Kurse für Beschäftigungstherapie haben sich bisher zwar bewährt. Mit dem nunmehr durchgeführten Namenswechsel dieser Kurse wurde jedoch auch die Absicht bekundet, die Kursbeiträge um 50 Prozent zu erhöhen, da die Kurse kostendeckend gestaltet werden sollen. Dazu muß gesagt werden, daß eine solche Kostendeckung vom Gesetz nicht verlangt wird. Dies widerspräche auch

jedem Sozialempfinden und allen Prinzipien, von denen im Gemeinderat immer wieder die Rede ist. Was das Schulgeld betrifft, so ist dieses zum Beispiel bei der Modeschule der Stadt Wien nur zu 5,09 Prozent kostendeckend. Warum sollten die wohl ärmsten Kinder kostendeckende Tarife entrichten?

Ein langgehegter Wunsch unserer blinden Mitbürger, nämlich der Wunsch nach Straßenbahn-Netzkarten, wurde nun endlich erfüllt. Aber diese Begünstigung weist leider einen Schönheitsfehler auf: Sie ist an ein niederes Einkommen gebunden. Die Blinden sind im allgemeinen finanziell nicht sehr gut gestellt, aber die Einkommensgrenze etwa für ein blindes Ehepaar in der Höhe von 3.100 Schilling monatlich ist zweifellos zu tief gegriffen.

Abschließend betont GR. Dr. Marga Hubinek, die Fürsorge müßte der echten Sozialarbeit weichen und neue Formen entwickeln. Sie sei zuversichtlich, daß das von der Regierung zur Begutachtung ausgesandte Fürsorgegrundsatzgesetz - der zweite Entwurf ist bereits in Arbeit - eine brauchbare Grundlage für die weitere Sozialarbeit bieten wird.

Die ÖVP-Fraktion wird den Ansätzen dieses Geschäftstückes ihre Zustimmung erteilen.

Anschließend ergriff GR. Herbert Mayr (SPÖ) das Wort und bezeichnete es als große Leistung, daß 491,6 Millionen des Wohlfahrtsbudgets - das sind 65,5 Prozent - für die Jugendfürsorge vorgesehen seien. Die Sorge um das Kind beginne bereits im Mutterleib, da die Ausfolgung der Säuglingswäschepakete bekanntlich an eine Untersuchung der werdenden Mutter gebunden ist. Dadurch konnte bisher in 2.000 Fällen ein negativer Rhesusfaktor festgestellt werden, was Maßnahmen zur Herabsetzung der Sterblichkeit der betreffenden Säuglinge möglich machte.

Als wenig erfreuliches Zeichen unserer Zeit bezeichnete es GR. Herbert Mayr, daß bei vielen Kleinkindern das erste Wort nicht "Mama", sondern "Tante" sei - nämlich bei allen jenen Kindern, die in Heimen aufwachsen müssen. So schön diese Heime auch ausgestaltet werden, könnten sie doch nicht die Nest-
./.

wärme ersetzen. Daher seien Pflegestellen vorzuziehen, für die von der Gemeinde 18 Millionen vorgesehen sind.

31 Millionen seien für die Fertigstellung oder den Ausbau von 11 Tagesheimen und zwei Kindergärten bestimmt. Große Sorgen bereite der Nachwuchs an Kindergärtnerinnen - eine Erscheinung, die jedoch nicht allein auf Wien beschränkt sei. Der Redner verwies in diesem Zusammenhang auf eine Zeitungsmeldung, wonach in Niederösterreich aus Personalmangel 14 Kindergartengruppen geschlossen werden mußten.

./.

Die Sorge der Eltern um ihre Kinder lasse immer mehr zu wünschen übrig. Ein steirischer Arzt habe kürzlich festgestellt, daß 25 Prozent der Wiener Kinder, die in der Steiermark in einem Erholungsheim die Ferien verbrachten, Haltungsschäden aufwiesen. Bei 40 Prozent dieser Fälle sei ärztliche Behandlung dringend notwendig gewesen.

Da heute sehr viele Mütter im Beruf stehen, ist eine große Zahl von Kindern sich selbst überlassen. Die Eltern hätten vielfach auch abends keine Zeit, sich den Kindern zu widmen. Um Ruhe zu haben, lassen sie die Kinder bis spät nachts vor dem Fernsehgerät sitzen.

Ein erschütterndes Ergebnis hätte die Befragung von Kindern im Alter von 6 bis 10 Jahren nach deren stärksten Umweltseindrücken ergeben. Es zeigte sich nämlich, daß fast alle diese Kinder sämtliche Verbeslogans hersagen konnten, die in letzter Zeit in den Reklamesendungen des Fernsehens gebracht worden waren.

Viele Kinder kannten die Krimi-Serie "77 Sunset Strip". Ein Mädchen berichtete, daß es sich von den Eltern am Samstagabend aufwecken lasse, um den Kriminalfilm nicht zu versäumen.

Abschließend brachte GR. Herbert Mayr den Antrag ein, in Zukunft an Stelle des Ausdruckes "Fürsorge" die Bezeichnung "Sozialarbeit" zu verwenden. Der Antrag wurde damit begründet, daß sich das Aufgabengebiet der Fürsorge verschoben habe und daß man bereits in zahllosen westlichen Ländern die besser zutreffende Bezeichnung Sozialarbeit verwende.

Der Redner schloß mit der Feststellung, er wolle dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen, daß seine Fraktion - die SPÖ - dem Voranschlag dieser Verwaltungsgruppe ihre Zustimmung erteilen werde.

Schlußwort

Anschließend hielt die Berichterstatterin ihr Schlußwort. Stadträtin Jacobi ging auf die von den Diskussionsrednern angeschnittenen Probleme ein:

Die Verzögerung im Bau von Pensionistenheimen habe sich in einem Fall durch die Klage einer Grundeigentümerin beim Verfassungsgeschichtshof ergeben. Aber alles Versäumte werde nachgeholt werden, denn schon jetzt existierten die Pläne für mehrere Pensionistenheime, an deren Bau beschleunigt herangegangen würde.

Zur Mittagstisch-Aktion sagte die Stadträtin, die gemachten Erfahrungen seien eher entmutigend gewesen. Abgesehen davon, daß beim "Essen auf Rädern" die Transportkosten doppelt so hoch wie die Speisekosten seien, abgesehen auch davon, daß die eingesetzten Wagen im Verkehr meist hängenbleiben müßten, hätte sich die Teilnahmebegeisterung in wahrlich engen Grenzen gehalten. Man habe es dann in einem Bezirk nochmals versucht, wo besonders viele Bedürftige leben, nämlich im 16. Bezirk. Sogar eine Rundfrage habe man vorher veranstaltet - mit ermutigendem Ergebnis -, aber dann habe die Teilnahme sehr zu wünschen übrig gelassen. Die Stadträtin betonte aber, daß man es nun noch einmal - in einem anderen Bezirk - versuchen werde. Vielleicht sei eben doch der Platz falsch gewählt gewesen, und vielleicht werde man in einem anderen Bezirk andere Erfahrungen machen.

Gute Erfahrungen habe es hingegen mit den Beiträgen zum Urlaub gegeben, und sie hoffe, daß das nächste Jahr noch mehr Anmeldungen als bisher bringen werde.

Auf die von mehreren Diskussionsrednern angeschnittene Frage der Kindertagesheime ging die Berichterstatterin mit besonderer Genauigkeit ein. Die großen Schwierigkeiten, sagte sie, lägen ja nicht allein auf dem Bausektor, sondern auf dem Personalsektor. Der Nachwuchs sei einfach zahlenmäßig unzureichend. "Ich sage Ihnen, daß wir große Sorgen mit der personellen Besetzung der elf Kindertagesheime haben werden, die im nächsten und übernächsten Jahr fertiggestellt werden" meinte die Berichterstatterin.

Unter diesem Personalmangel hätten übrigens auch die privaten Kindertagesheime zu leiden. Dazu komme, daß mit 1. Jänner 1968 das Kindergartengesetz in Kraft trete.

Dann müßten öffentliche wie private Kindergärten den strengen Vorschriften dieses Gesetzes Genüge tun, insbesondere hinsichtlich der personellen Betreuung der Kinder.

Aber auch die von kommunistischer Seite vorgebrachten Klagen über schlechtes oder zu wenig reichhaltiges Essen in Wiener öffentlichen Kindergärten beachtete die Stadträtin: Sie sagte, es sei merkwürdig, daß derlei Klagen nun bereits zum dritten Mal von kommunistischer Seite vorgebracht würden. Sie selbst habe niemals Klagen gehört, obwohl das Essen immer wieder überprüft werde. Die Stadträtin bat, in solchen Fällen der Kritik doch konkrete Vorkommnisse, Orte und Zeitpunkte zu nennen.

Die mehrfach erwähnten Vorfälle im Lindenhof machte die Berichterstatterin zum Gegenstand einer grundsätzlichen Erklärung: "Hier fehlt in Österreich eine Institution! Die Frage ist überall in den Bundesländern offen, was mit einer gewissen, ganz kleinen Gruppe von Jugendlichen geschehen soll, die sich in den Heimbetrieb unter keinen Umständen einfügen können, andererseits aber keine ausgesprochenen Fälle für das Jugendgericht sind!"

Überdies dauere es immer geraume Zeit, bis die Wünsche der Heime befriedigt würden, wenn sie sich an das Jugendgericht mit der Bitte wenden, ihnen gewisse unlösbare Fälle abzunehmen.

Wir haben den Zwischenfall im Lindenhof zum Anlaß genommen, um noch einmal mit den Jugendrichtern zu sprechen, bei denen wir weitgehendes Verständnis finden konnten.

Der zur Begutachtung ausgesandte Entwurf des Fürsorgegrundsatzgesetzes wurde von allen Sozialreferenten einmütig abgelehnt. Der neue Entwurf wurde zwar bis September versprochen, ist bis jetzt aber noch nicht ausgesandt worden. Eines jedoch muß zu diesem Gesetz deutlich gesagt werden: Was immer es enthalten wird, es muß einen Rückschritt bedeuten, da es auf dem Armenwesen aufgebaut ist.

Behindertengesetz: Bei den Prognosen über die Kosten wurden Vergleiche mit den übrigen Bundesländern herangezogen. Information: Es wurde alles unternommen, um Eltern und Lehrer über dieses Gesetz zu informieren.

Aber es scheint, daß auf dem Gebiet der Behindertenfürsorge schon so viel geleistet wurde, daß jetzt kein so großer Bedarf besteht, wie man ursprünglich angenommen hat.

Zum Antrag, einen Journaldienst beim Jugendamt einzuführen: Einen solchen Journaldienst gibt es bereits, die zum Jugendamt gehörende Kinderübernahmsstelle hat Tag und Nacht Dienst. Ferner ist dazu zu sagen, daß bei Vorliegen einer Anzeige nicht die Fürsorgerin das Kind abholen kann, sondern nur die Polizei. Und es ist eine Tatsache, daß die Polizei alle diese Kinder in die Kinderübernahmsstelle bringt. Die Forderung nach einem solchen Journaldienst ist also überholt und dürfte auf unrichtigen Informationen basieren. Trotzdem werden wir erneut die Polizei auf den Tag- und Nachtdienst der Kinderübernahmsstelle hinweisen.

Das Wort von der "Notwendigkeit, neue Wege zu gehen", wurde schon oft geprägt, aber noch niemand hat konkret gesagt, welche Wege das sein sollen. Das von Julius Tandler geprägte Wort "Vorsorge besser als Fürsorge" ist nach wie vor gültig, und die Stadt Wien handelt auch danach.

Lehrlingsentschädigungen: Laut Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, an den wir in dieser Sache herangetreten sind, dürfen in Fürsorgeerziehungsheimen keine Lehrlingsentschädigungen gezahlt werden. Die Lehrlinge im Lindenhof sind jedoch sozialversichert.

Arbeitstherapeutische Kurse: Wie im Gesetz vorgesehen, soll eine Erhöhung der Beiträge nur für jene gelten, deren Einkommen entsprechend hoch sind.

Die Meldepflicht für behinderte Kinder ist gesetzlich nicht möglich, dies könnte nur bundeseinheitlich geregelt werden.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des vierten Hauptstückes, Wohlfahrtswesen, einstimmig angenommen.

Die beiden, zu dieser Geschäftsgruppe eingebrachten Anträge wurden einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien verliehen
 =====

13. Dezember (RK) Heute vormittag wurden im Stadtsenatsaal die Kinder- und Jugendbuchpreise der Stadt Wien durch Bürgermeister Bruno Marek und Stadträtin Gertrude Sandner im Beisein von Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer sowie Mitgliedern des Stadtsenates und des Gemeinderatsausschusses für Kultur überreicht. Im Rahmen einer Feierstunde erhielten Eleonora Berger für die "Geschichten vom Hanselmann" und Marlen Haushofer für "Müssen Tiere draußen bleiben?" den zweigeteilten Kinderbuchpreis (10.000 Schilling). Der Jugendbuchpreis (10.000 Schilling) ging an Fritz Habeck für seinen "Aufstand der Salzknechte", der Illustrationspreis (5.000 Schilling) an Emanuela Wallenta.
 (Soweit bereits mit Fernschreiber durchgegeben!)

*

"Wenn auch Europa noch längere Zeit nicht integriert sein wird, so sollen wir diesen Zusammenschluß doch gedanklich und ideell vorbereiten. Und es ist gut bei der Jugend, die noch aufgeschlossen ist, zu beginnen. Ein sichtbarer Ausdruck unseres, der Stadt Wien, Beitrages hiezu ist die Anerkennung, die wir heute und hier dem Jugendbuch zollen", betonte Stadtrat Gertrude Sandner und setzte hinzu, daß sie sich besonders freue, unter den Ausgezeichneten mehr Frauen als Männer zu sehen.

39 Autoren und 42 Werke

In diesem 14. Bewerb, an dem 39 Autoren mit 42 Werken teilgenommen hatten und dessen Prämierung 10 Experten vornahmen, wurden unter anderem auch ein österreichischer Staatspreis für ein Kleinkinderbuch durch die Stadt Wien ausgezeichnet: Die "Geschichten vom Hanselmann".

Bürgermeister Bruno Marek wies darauf hin, daß der Jugendbuchpreis der Stadt Wien, der regelmäßig seit 1954 verliehen wird, eine nicht zu unterschätzende Anregung für österreichische Schriftsteller darstellt, im besonderen Maße für die Jugend zu schreiben. Es sei keine Kunst zweiten Grades, sondern vielmehr eine sehr verantwortungsvolle Tätigkeit, mache sie doch junge Menschen mit fremden Lebensbereichen bekannt und lege dadurch manchen Keim für die zukünftige charakter"iche Erziehung.

./.

"Es spricht für die Qualität unserer Jugendbücher, daß sie auch bei internationalen Wettbewerben Preise erringen", freute sich der Bürgermeister und schloß mit der Bitte, diesen wichtigen Literaturzweig noch durch weitere Werke zu bereichern.

Dann schritt er zur Preisverteilung, die außer den vier genannten Preisen noch für folgende Autoren Anerkennungsdiplome brachte: Kurt Benesch ("Nie zurück"), Franz Braumann ("Unternehmen Paraguay"), Winfried Bruckner ("Aschenschmetterlinge"), Vera Ferra-Mikura ("Gute Fahrt, Herr Pfefferkorn"), Mira Lobe ("Eli Elefant", "Insu-Pu", "Meine kleine Welt"), Käthe Recheis ("Der kleine Schäferhund", "Red Boy") und Helmut Schinagl ("Der blaue Kristall").

Im Anschluß an die Verteilung der Preise und Diplome las Schauspieler Guido Wieland aus den ausgezeichneten Werken.

- - -

Antrittsbesuch des israelischen Botschafters

=====

13. Dezember (RK) Gestern abend stattete der neue Botschafter von Israel, Zeev Shek Bürgermeister Bruno Marek seinen Antrittsbesuch ab.

- - -

40jährige: Dienstjubiläen städtischer Bediensteter
=====

13. Dezember (RK) Sechzehn verdienten Gemeindebediensteten, die seit nunmehr 40 Jahren im Rahmen der Stadtverwaltung für die Wiener tätig sind, wurde heute offizieller Dank abgestattet. Bürgermeister Bruno Marek gratulierte im Beisein von Mitgliedern des Stadtsenates und des Generaldirektors der Wiener Stadtwerke sowie zahlreicher leitender Beamter aus den Arbeitsbereichen der Jubilare den 16 Männern und Frauen und überreichte ihnen Dekrete in Anerkennung für ihre Verdienste.

Der kleinen Feier im Roten Salon gaben unter anderem der Personalstadtrat Hans Bock, die Stadträtin für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schumayer und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Österreichs, Nationalrat Robert Weisz in ihren Reden den würdigen Rahmen. Sie erinnerten daran, daß es gerade in den letzten 40 Jahren oft recht schwierig gewesen sei der Stadt Wien treue Dienste zu bewahren, da besonders "Versuchungen" aus der Privatindustrie mit ihrer zweifellos höheren finanziellen Verlockung an die Beamtenschaft herantreten. Darum sei es eine besondere Freude, wenn man heute Jubilare ehren könne, die seit ihrem Eintritt in die Dienste der Stadt im Jahre 1927 dieser unausgesetzt ihre Arbeitskraft gewidmet hatten.

Dienen statt Zweispiß und Degen

Bürgermeister Bruno Marek kam in seinen Dankesworten unter anderem darauf zu sprechen, daß die 16 Ausgezeichneten ein Beispiel der Pflichterfüllung für jüngere Mitarbeiter seien. "40 Jahre in Dienste der Öffentlichkeit, in treuer Pflichterfüllung, das sollte uns zu Denken geben. Es sollte vor allem daran erinnern, daß hier keine Beamten aus jener Zeit, da noch Zweispiß und Degen regierten, geehrt worden, sondern Menschen, denen das Dienen oberstes Lebensprinzip geworden ist. Die Legislative ist wandelbar, die Exekutive - und das sind die Beamten in ihrer Gesamtheit - bleibt".

Gerade in diesen Tagen werde von diesen Publikationsorganen der Öffentlichkeit immer wieder eingeredet, Beamte seien gleichzusetzen dem Amtsschimmel und man möge dafür sorgen, daß dieser

nicht zu sehr wiehern könne. Im Zusammenhang mit Rationalisierungsmaßnahmen sowohl in der Bundes- wie in der Gemeindeverwaltung werden seitens der Presse Forderungen erhoben, den Amtsschimmel "den Hafer zu nehmen".

"Diese Einstellung hat nichts mit Demokratie zu tun, sie legt sie im Gegenteil recht schlecht aus. Und wenn ich heute ins Rathaus komme, so habe ich weder das Gefühl in einen Stall zu kommen, in dem der Amtsschimmel wiehert, noch in eine Tintenhochburg. Es wäre an der Zeit, daß die negative Einstellung gegenüber der Beamtenschaft einem gerechterem Urteil **wäche**."

Im Namen der Geehrten, unter denen sich die erste "Frau anzleirat" der Gemeinde Wien, Eleonore Hauser, befand, dankte der ebenfalls sein 40jähriges Dienstjubiläum **feiernde** Personalreferent der Wiener Stadtwerke, Obersenatsrat Dr. Hübner und gelobte weiterhin Pflichterfüllung und Treue gegenüber der Stadt, die unser aller Heimat ist.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Debatte über das Gesundheitswesen
=====

Als erster Debattenredner regte GR. Karger (KLS) eine intensivere Propagierung der Impfaktionen gegen die Kinderlähmung an.

In Anbetracht des besorgniserregenden Steigens des Alkohol- und Nikotinkonsums wäre es dringend notwendig, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Da die Folgen des Alkoholismus die Allgemeinheit belasten, sollte vielleicht erwogen werden, Mautner-Markhof als den am Alkoholismus groß Verdienenden zu veranlassen, Beiträge für die Heilung von Alkoholikern zu bezahlen.

Die Zuschüsse des Bundes zu den Erhaltungskosten der Wiener Spitäler bezeichnete GR. Karger als zu gering. Nach dem Krankenanstaltengesetz aus dem Jahre 1920 sei der Bund verpflichtet, drei Achtel dieser Kosten zu bezahlen, drei Achtel habe das Land, und weitere drei Achtel die Gemeinde zu bezahlen. Es wäre bereits ein Fortschritt, wenn dieser Schlüssel wieder erreicht werden könnte. Gegenwärtig leiste der Bund nur drei Sechzehntel.

Die Hauptkritik der Öffentlichkeit am Gesundheitswesen gelte dem Spitalsbettenmangel. Es gehe nicht an, daß zeitweise hunderte Betten gesperrt seien, weil es an Personal mangelt. Hier müßte durch Rationalisierung Abhilfe geschaffen werden, zumal eine Untersuchung ergeben habe, daß qualifiziertes Pflegepersonal in einem Drittel der Dienstzeit mit unqualifizierter Arbeit beschäftigt sei.

Auch der Ärztemangel in Wien gebe zu denken. In der Bundeshauptstadt sollen bereits 104 Kassenarztstellen unbesetzt sein, weil sich keine Interessenten dafür finden.

Auf die Rattenplage übergehend, stellte GR. Karger fest, daß die von den Gesundheitsbehörden veranlaßte Sonder-Bekämpfungssaktion offenbar nicht sehr erfolgreich gewesen sei, da man in manchen Gegenden sogar bei Tag Ratten sehen könne. Es wäre zu erwägen, ohne Mithilfe privater Firmen die lästigen Nager zu bekämpfen, da die privaten Rattenbekämpfer aus Geschäftsgründen nicht deren völlige Vernichtung, sondern eine Koexistenz mit den Ratten vorzögen.

An die Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose zur Zeit Tandlers erinnernd, schlug GR. Karger vor, auf ähnliche Weise heute gegen den Krebs vorzugehen. Dringend notwendig wäre die Beseitigung der Krebsangst durch Breitenaufklärung. Ein Netz von Untersuchungsstellen sollte der Frühdiagnose des Krebses und damit der Vergrößerung der Heilaussichten dienen. Die Krankenkassen sollten sich zu "Vorbeugungskassen" entwickeln, und in den Betrieben sollten Reihenuntersuchungen durchgeführt werden.

Der Redner erklärte, seine Fraktion werde dem Voranschlag der Gruppe V zustimmen, dies trotz der in vielen Punkten geübten Kritik. Zum Schluß seiner Ausführungen ging Karger mit besonderer Vehemenz auf den umstrittenen Paragraphen 144 ein, den er spießbürgerlich, heuchlerisch und gefährlich nannte. Während nämlich Leute mit Geld ohne Risiko in gewissen Kliniken Eingriffe vornehmen lassen könnten, seien Frauen und Mädchen aus Arbeiterkreisen gezwungen, verhängnisvolle Wege zu gehen, wenn sie eine unerwünschte Geburt vermeiden wollten. Ein Gesetz sei doch sicher kein gutes Gesetz, wenn es so viele Bürgerinnen zwingt, es zu verletzen. Aber auch hier beweise die Österreichische Volkspartei wieder, daß sie im Grunde eine erzreaktionäre, konservative Partei sei.

Die Selbstentscheidung der Frau über eine Geburt, sagte Karger, würde sich als Segen für die menschlichen Beziehungen auswirken. Und obgleich er wisse, daß der Wiener Gemeinderat keinen direkten Einfluß auf eine Änderung der Gesetzeslage ausüben könne, so böten sich doch verschiedene Möglichkeiten, aktiv zu werden:

Die Stadt Wien könne alle Versuche zur Gesetzesänderung unterstützen und könne außerdem moderne ärztliche Jugend- und Eheberatungsstellen einrichten, wo über die Pille und überhaupt über Methoden der Konzeptionsverhütung Auskunft gegeben werde. Es habe eine solche Stelle - unter Leitung des Dozenten Kautsky bereits in der ersten Republik gegeben!

Als zweiter Diskussionsredner gelangte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) zum Wort. Er bemängelte den Umstand, daß das Spitalsdefizit - unter Einschluß der Altersheime - im nächsten Jahr die Rekordhöhe von 1,1 Milliarden Schilling erreichen werde. Besonders unerfreulich daran sei, daß dieses Defizit beileibe nicht durch Investitionen, sondern durch erhöhte Betriebskosten verursacht werde.

Der Redner beschäftigte sich im weiteren mit verschiedenen Möglichkeiten, die seiner Ansicht nach dazu beitragen könnten, die Betriebskosten zu senken. Darunter nehme besonders die mangelhafte Auslastung des diplomierten Personals mit einschlägigen Arbeiten einen besonderen Platz ein. Diese mangelhafte Auslastung - Dr. Hirnschall sprach von 65 Prozent - sei eine unglaubliche Verschwendung qualifizierten Personals.

Eine Rationalisierung könnte durch Geschirrspülautomaten, Zentralisierung des Reinigungsdienstes und der Sterilisation beziehungsweise durch Reinigungsmaschinen und andere Arbeits erleichterungen erzielt werden. Dafür dürften im Budget aber zu wenig Mittel vorgesehen sein. Die Rationalisierungskommission müßte konkrete Vorschläge zugleich mit Bedeckungsvorschlägen entwickeln.

Eine Änderung der Krankenkassenrichtlinien könnte auch bewirken, daß unnötige Spitalweisungen vermieden werden.

Im Spitalsbau erscheint die Baurate von 29 Millionen Schilling für das Rudolfsspital nicht ausreichend. Solche Raten ergäben bei Gesamtbaukosten von 415 Millionen Schilling eine Bauzeit von 12 bis 15 Jahren.

Erfreulich ist, daß die Personalwohnhäuser des neuen Allgemeinen Krankenhauses bald übergeben werden. Der vorliegende Hausordnungsentwurf läßt jedoch einen Heimbetrieb befürchten; man findet darin etwa das Verbot, private Einrichtungsgegenstände ohne Bewilligung mitzubringen. Zuviel Reglement verdirbt leicht die Freude am neuen Heim.

Im übrigen kündigte der Redner die Zustimmung seiner Fraktion zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe an.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) betont die Bedeutung aller prophylaktischen Maßnahmen und erwähnt den Arbeitsumfang der arztärztlichen Untersuchungsstelle. Dabei ist die Pockenimpfung besonders hervorzuheben, die in der Zeit des zunehmenden Flugverkehrs an Bedeutung gewinnt. Umfangreich ist auch die Tätigkeit des schulärztlichen Dienstes. Besonders die Kinderlähmungs-Schutzimpfung war außerordentlich erfolgreich; in den letzten Jahren gab es keine Polio-Erkrankung mehr in Wien und nur vereinzelte Diphtheriefälle. Noch immer besteht jedoch die Gefahr der Neueinschleppung der ansteckenden Kinderlähmung, weshalb möglichst alle Wiener an der Schluckimpfung teilnehmen sollten.

Sehr erfolgreich war auch die Tetanusimpfung des vergangenen und heurigen Jahres. Sehr frequentiert und zum Teil überlastet sind die Jugendzahnkliniken, besonders die Narkose- und Kieferstation. Bewährt hat sich Fluortabletten-Aktion, denn die Karies der Zehnjährigen ist um 50 Prozent zurückgegangen.

In der Tbc-Fürsorge hat sich gegenüber 1965 eine Zunahme der Krankheitsfälle ergeben, 171 davon betrafen Gastarbeiter. 1966 erkrankten 1157 Personen an Tbc, davon 480 an offener. Ende vorigen Jahres gab es in Wien 11.932 aktive Tbc-Fälle.

Einige Tbc-Fürsorgestellen wurden modernisiert, 21.600 Neugeborene wurden heuer schon gegen Tbc geimpft. Die Erfolge der Wiener Tbc-Fürsorge sind deutlich: in den letzten zwölf Jahren ergab sich ein fast 50prozentiger Rückgang an Neuerkrankungen, während die Vergleichszahl im gesamtösterreichischen Durchschnitt nur 9,8 Prozent beträgt.

Ein Tbc-Gesetz wäre besonders im Hinblick auf uneinsichtige oder asoziale Erkrankte sehr wichtig.

Leider geht die Zahl der Fürsorgerinnen von Jahr zu Jahr zurück. Für insgesamt 63.000 Tuberkulosefälle stehen in Wien nur 60 Fürsorgerinnen zur Verfügung, die eine aufopfernde und oftmals unbedankte Arbeit vollbringen. Für diese schwere Arbeit gebühre ihnen unser aller Dank.

Am Ausbau des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes wurde auch 1966/67 erfolgreich weitergearbeitet.

Die neuen Stationen sind nach den modernsten Gesichtspunkten eingerichtet. Für den Neubau der Rettungsstation im 17. Bezirk haben wir heuer endlich als erste Baurate 1,2 Millionen zur Verfügung und nachdem die Planungsarbeiten und die Grundfreimachung abgeschlossen sind, kann mit dem baldigen Baubeginn gerechnet werden. Diese Station ist für den Westen unserer Stadt von größter Bedeutung. Sie wird die veraltete Station Ottakring ablösen. Es ist mit Gesamtkosten von vier Millionen zu rechnen. Die Inbetriebnahme wird voraussichtlich 1970 erfolgen. Vor der Fertigstellung steht die Rettungsstation Mariahilf. Insgesamt stehen derzeit einschließlich der Zentrale acht Rettungsstationen zur Verfügung. 1966 wurden bei 31.636 Ausfahrten 32.315 Personen befördert. Die Ausstattung der Fahrzeuge ist nach den modernsten Gesichtspunkten erfolgt. Die Wiener Rettung hat, als einzige in ganz Europa, bei allen ihren Ausfahrten ständig einen Arzt zur Verfügung. Manches Menschenleben konnte dadurch gerettet werden.

Dem Krankenbeförderungsdienst stehen vier Stationen zur Verfügung. Obwohl er in erster Linie für den Transport von bereits ärztlich Versorgten bestimmt ist, sind die Fahrzeuge derart ausgestattet, daß auch erste Hilfe geleistet werden kann. Er hatte 1966 70.119 Ausfahrten. Alle 63 Ambulanzwagen sind mit UKW-Sprechfunk ausgerüstet. Mit Jahresende werden, wenn die Lieferung pünktlich erfolgt, 70 Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Die Anforderungen an das Personal des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes sind, nicht zuletzt durch den heutigen Verkehr, ungeheuer gewachsen. Der Redner appelliert an alle Fahrzeuglenker, auf die Fahrzeuge des Rettungsdienstes noch mehr Rücksicht zu nehmen, denn oft hängt das Leben von Menschen von Minuten ab. Dem Personal dankt er für die schwere und aufopferungsvolle Tätigkeit.

GR. Elisabeth Schindler (SPÖ) erklärt, daß die Krankenanstalten, finanziell gesehen, zur sorgenvollsten und problematischsten Angelegenheit der Wiener Stadtverwaltung gehören, da das Defizit der Anstalten ständig steigt.

./.

Die Rednerin spricht über den Artikel eines Arztes, der die Anregung enthält, daß sich die Menschen dazu bereit finden müßten, ihre Kranken, die nicht immer der Spitalspflege bedürfen, daheim zu versorgen. In Schweden hat man versucht, junge Menschen in Krankenpflege für den Hausgebrauch auszubilden. Eine sicherlich nachahmenswerte Sache, wenn auch kein Allheilmittel.

Die Rednerin verlangt die Unterstützung des Bundes bei der Erhaltung der Spitäler. Gesundheitspolitik kann schließlich nur Sache der Gemeinschaft sein. Jeder Mensch nimmt während seines Lebens das Spital in Anspruch, 97,8 Prozent aller Geburten erfolgen im Spital und 52 Prozent der Menschen sterben im Spital. In Wien kommt (Stand 1964) auf 63 Einwohner ein Spitalsbett, in ganz Österreich auf 90, in Belgien auf 122, in Deutschland auf 87 und in Dänemark auf 102. Nur Schweden hat uns mit 61 Betten überrundet. Das soll natürlich nicht heißen, daß wir Spitalsbetten im Überfluß haben, aber die Statistik spricht für Wien.

Leider erhöht sich der Abgang von Jahr zu Jahr. Die Einnahmen sind um 100 Prozent gestiegen, die Ausgaben jedoch um 120 Prozent. Die Ausgaben pro Patient und Tag werden sich, ohne Investitionen, auf 385 Schilling stellen, während die Gemeindeverwaltung von den Sozialversicherungsträgern derzeit 129 Schilling bekommt. Es werden daher mit dem Hauptverband entsprechende Verhandlungen geführt. Der derzeitige Bundesbeitrag kann nur als eine vorläufige Lösung betrachtet werden. Der Ruf der Wiener Spitäler ist gut, und aus diesem Grund sind 20 Prozent der Patienten Nichtwiener. Natürlich soll jeder die Möglichkeit haben, sich dort behandeln zu lassen, wo er den besten Erfolg erwartet. Man kann aber die Lasten nicht allein die Stadt Wien tragen lassen, da ja nur ein Bruchteil der tatsächlichen Spitalkosten refundiert wird.

Die Rednerin kommt sodann auf die modernen Untersuchungsmethoden mittels Computer zu sprechen. Bei Durchuntersuchungen könne den Patienten dadurch viele Stunden und oft Tage erspart werden. Man müßte die Anschaffung derartiger Geräte forcieren.

Auf die Verweildauer der Patienten in den Spitälern eingehend, stellte GR. Schindler fest, daß der Durchschnitt 18 9/10 Tage betrage, im Hanuschspital jedoch nur 15 Tage. Auch hinsichtlich der altersmäßigen Aufschlüsselung gebe es Unterschiede. So befinden sich Patienten bis zum 19. Lebensjahr durchschnittlich 12 9/10 Tage im Spital, bei Patienten vom 65. bis zum 69. Lebensjahr betrage die Verweildauer durchschnittlich 25 Tage.

Der Mangel an Pflegepersonal sei nicht zuletzt eine Folge der besseren Pflege, die den Patienten zuteil werde. Im Jahr 1937 kamen auf einen Spitalsbeschäftigten 2,7 Krankenbetten, heute dagegen seien es nur 1,4 Betten.

GR. Schindler begrüßte es, daß man sich entschlossen habe, ältere Krankenschwestern als Röntgenassistentinnen auszubilden, um dem Nachwuchsmangel auf diesem Sektor abzuhelpfen.

Anschließend wandte sich GR. Schindler den Altersproblemen zu. In ganz Österreich gebe es derzeit 1,4 Millionen Einwohner über 60 Jahren, bis 1975 werde sich dieser Anteil auf 1,562.000 erhöhen. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen liege bei 72,2 Jahren, die der Männer bei 65,8. In Wien seien 25 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt.

Die Zahl der Betten in den Altersheimen reiche leider noch immer nicht aus. Sie beträgt gegenwärtig 6.375, aber 600 bereits genehmigte Anträge konnten heuer keine Berücksichtigung finden.

Im Jahre 1966 konnte 533 bereits genehmigten Anträgen auf Einweisung in ein Altersheim nicht entsprochen werden; 30 Prozent dieser Bewerber befanden sich in stationärer Pflege in einem Spital.

Abschließend brachte GR. Schindler zwei Anträge ein. Der erste Antrag betrifft die Erhöhung des Handgeldes für Fürsorgepflinglinge in den Altersheimen. Derzeit gibt es rund 1.000 derartige Fürsorgepflinglinge. Die Höhe des Handgeldes wurde im Juni 1965 mit 100 Schilling monatlich festgesetzt; eine Erhöhung sei im Hinblick auf das Steigen der Preise angebracht.

Im zweiten Antrag wird die Erhöhung des monatlichen Pauschalbetrages für arbeitende Pflinglinge vorgeschlagen. In den beiden psychiatrischen Krankenhäusern Wiens werden etwa 100 Pflinglinge für kleine Arbeiten herangezogen, für die sie monatlich 20 bis 30 Schilling erhalten. Wegen der Preiserhöhungen in letzter Zeit soll dieser Pauschalbetrag erhöht werden. ./.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) wies auf die Bedeutung der neuen Unfallstation im Wilhelminenspital hin. Die Errichtung von Schwerpunktspitälern ist unter anderem auch deswegen vorteilhaft, weil hier die außerordentlich teuren Geräte der modernen Medizin besser ausgenützt werden können. So sind alle Wiener Schwerpunktspitäler bereits mit Kobaltkanonen beziehungsweise mit Betatronanlagen ausgestattet. Die Betreuung und Unterbringung im neuen Pavillon des Wilhelminenspitals ist sehr lobenswert. Ein Vorteil großer Spitäler ist auch, daß hier alle Arten von medizinischen Untersuchungen möglich sind.

Die Adaptierung und Modernisierung der Altersheime wird fortgesetzt. Ein besonders bemerkenswertes Beispiel dafür ist der Pavillon 35 im Altersheim Baumgarten, wo der Alterstherapie die modernsten medizinischen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Umfangreiche geriatrische Arbeit wird auch im Pavillon 11 des Altersheimes Lainz getan, das immer mehr zu einem Alterskrankenhaus wird. Hier wird klinische Arbeit, ja sogar Forschungstätigkeit geleistet, wozu aber noch einige Laborgeräte nötig sind, die im ordentlichen Budget nicht untergebracht werden können. Sehr wichtig ist die Arbeitstherapie in den Altersheimen, durch die den alten Menschen die Lebensfreude erhalten werden kann.

Angesichts der Bettennot in Wien sind die 4.000 Betten der Privatkrankenhäuser nicht zu unterschätzen. Diese Krankenhäuser, meistens Ordensspitäler, leisten Großes. Es ist daher erfreulich, daß sehr viel für die Verbesserung und Modernisierung der Unterkünfte für geistliche Schwestern getan wird.

Im Schwesternnachwuchs ist dadurch eine Besserung zu erwarten, daß die Krankenpflege- und Kinderkrankenpflegeschulen wesentlich mehr Zulauf haben. Die Vorpraktika haben sich sehr bewährt. Erfreulich ist, daß es im Allgemeinen Krankenhaus Räume für eine klinikgerechte Schulung der Schwestern gibt. Eine große Hilfe stellen auch die medizinisch-technischen Kurse und der Kurs für Stationsgehilfinnen im Allgemeinen Krankenhaus dar.

Die ÖVP wird den Ansätzen dieser Gruppe zustimmen.

/.

Nächster Redner GR. Dozent Dr. Gisel (SPÖ), der den Bogen des Arbeitsbereiches eines städtischen Gesundheitsdienstes weitgespannt darstellte, und auch Beispiele aus anderen Ländern zitierte. An den Anfang seiner Ausführungen stellte er die Mitteilung, daß seine Fraktion den Voranschlägen der Gruppe V zustimmen werde; er tat dies deshalb, weil er betonte, daß es gerade in dieser Geschäftsgruppe nicht den geringsten Grund gebe, parteipolitische Frontstellungen zu beziehen.

Die imponierende Liste von Arbeitsvorhaben dieser Geschäftsgruppe, sagte der Redner, müsse auch unter dem Aspekt betrachtet werden, daß die bestehenden Wiener Krankenanstalten ja zum Großteil nicht als Gemeindespitäler geplant und gebaut worden seien. Ganz andere Perspektiven - insbesondere die der Wohltätigkeit - seien seinerzeit maßgebend gewesen. Daher seien die Gebäude der Verwirklichung der Heilabsicht auch nicht immer angemessen. Und überdies gelte heute in der Welt bereits unbestritten der Satz, ein Krankenhaus solle überhaupt nicht älter als fünfzig Jahre werden.

Dr. Gisel kritisierte, daß viel zu wenig zur Erhaltung der Arbeitskraft des Menschen geschehe, fast gar nichts jedoch für die Propaganda gegen gewisse Konsum-Mittel, die für den Menschen gefährlich seien. Der Alkoholismus sei heute bereits ein alarmierendes Problem, und mit dem Nikotin stehe es nicht anders. Zwar sei es auch heute noch unmöglich, den Zusammenhang zwischen dem Rauchen und dem Lungenkrebs zu beweisen, der Zusammenhang mit den Erkrankungen des Magens jedoch könne bereits einwandfrei belegt werden.

Dr. Gisel forderte in diesem Zusammenhang Maßnahmen zur Forcierung der Frühdiagnose, wie sie anderwärts mit viel Erfolg betrieben werde. Bei einer Reihenuntersuchung in zwei deutschen Betrieben an viertausend Frauen seien nicht weniger als 37 frische Krebsfälle festgestellt worden, und in diesen Fällen habe wirksame ärztliche Therapie einsetzen können.

Hinsichtlich der Rattenbekämpfung äußerte sich der Redner: "Heute, in der fünften und sechsten Generation, haben diese Tiere bereits Abwehrsysteme im Blut entwickelt, die sie gegen das verwendete Gift immun machen!" Dr. Gisel zeigte die Bedeutung des Rattenproblems auch an dem Umstand auf, daß die WHO (Weltgesundheitsorganisation) derzeit eine Untersuchung durchführe, wie man am erfolgreichsten der "Weltmacht Ratte" beikommen könne.

Auch zu dem bereits von einem Vorredner angeschnittenen Problem "Der alte Mensch im Straßenverkehr" hatte der Redner einiges beizutragen: Als Verkehrsteilnehmer - etwa als Kraftfahrer - sehe sich der alte Mensch großen Gefahren speziell im Nachtverkehr ausgesetzt, da nach einer Blendung seine Netzhaut sich von dem Lichteinfluß sehr viel langsamer erhole als bei einem Jungen.

Aber auch der alte Mensch als Fußgänger habe seine Probleme: Die modernen Verkehrsbauten etwa, zum Beispiel Rolltreppen, seien vielen alten Menschen unheimlich, normale Treppen wiederum deshalb, weil sie zu breit angelegt seien - was man durch ein Geländer in der Mitte solcher Treppen ändern könnte.

Vielleicht wäre es für die alten Menschen von Vorteil, anstelle der Stiege eine stufenlose, achtprozentige Steigung anzulegen. Durch die Doppelhaltstellen wird es auch für manchen alten Menschen schwierig, die Straßenbahnlinienzeichen an den Zügen zu erkennen. Es würde nicht mehr kosten, wenn sie größer wären.

Der Redner stellt fest, daß wir vor einigen Jahren ganz großes Glück hatten, als wir davon verschont blieben, Kinder mit verstümmelten Gliedern oder ohne Gliedmaßen in unseren Spitälern zur Welt kommen zu sehen. Eine strenge Erziehung der Ärzte in den Schulen und die Bereitschaft der werdenden Mütter, bei Beschwerden, die nicht sehr arg sind, keine Medikamente zu nehmen, haben uns vor diesem Schicksal bewahrt. Wir sollten versuchen, die Mittel, die für diese Kinder bereitgestellt hätten werden müssen, nun für jene aufzubringen, die von Dr. Rett und seinem Team im Lainzer Krankenhaus betreut werden. Für die Männer und Frauen, die dort arbeiten und nicht

zuletzt für die Kinder und deren Eltern, müßte eine großzügige neue Behandlungsstätte geschaffen werden. Das bisherige Gebäude könnte dann für die Aufnahme alter Menschen verwendet werden.

Abschließend richtet Dr. Gisel noch einige Fragen an Dr. Glück:

Welche koordinierenden Verhandlungen werden routinemäßig zwischen Unterrichtsministerium und den Abteilungen der Geschäftsgruppe V geführt, wenn in personeller oder struktureller Hinsicht auf dem Gebiet der Universitätskliniken Maßnahmen geplant sind?

Er ersucht ferner um Ergänzung der Anfragenbeantwortung, welche Maßnahmen getroffen werden, um die 104 freien Stellen für praktische Ärzte in den verschiedenen Bezirken zu besetzen. Die Zahl der Ärzte sei ungleichmäßig über die Bezirke gestreut, und in den Randbezirken sei der Rayon oftmals zu groß.

Schlußwort

Stadtrat Dr. Glück dankt den Debattenrednern für die teils anerkennenden, teils kritischen Worte.

Zu Dr. Gisel: Primär trifft das Professorenkollegium Entscheidungen, zum Beispiel die Schaffung einer Anästhesiologie betreffend. Oder es werden neue Lehrkanzeln geschaffen. Diese Beschlüsse werden nun - früher oder später - dem Unterrichtsministerium und dem Gesundheitsamt übermittelt. Problematisch ist es natürlich, für den Umbau im alten Haus bedeutende Mittel zu bekommen, besonders wo der Neubau rasch vorwärts schreitet.

Praktische Ärzte: Die Gebietskrankenkasse hat von etwas über 1000 geplanten Posten für praktische Ärzte derzeit 104 unbesetzt. Man kann hier jedoch optimistisch sein, weil der Andrang, der von den Kliniken her kommt, erstaunlich ist, so daß man in einigen Jahren vor der Situation stehen wird, wie und wo bringen wir die Ärzte überhaupt unter. Nach Ansicht der Kammer liegt das Problem allein am Wohnungssektor. Es werden Satelittenstädte gebaut, die nur im sozialen Wohnhausbau errichtet sind.

Stadtrat Glaserer hat jedoch zugesagt, die entsprechenden Räume für Ärzte zur Verfügung zu stellen und damit die Versorgung auch in diesen Teilen Wiens zu gewährleisten.

Gehirngeschädigte Kinder: Es wird schon lange über dieses traurige Kapitel verhandelt, da die Unterbringung dieser Abteilung im Altersheim Lainz wirklich nur eine Notlösung ist. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß bald eine neue Abteilung zur Verfügung stehen wird.

Kinderlähmungsimpfung: Wir werden im kommenden Jahr eine großangelegte Werbung durchführen, damit sich auch alle, die in den ersten Jahren der Aktion geimpft wurden, nachimpfen lassen, um den Erfolg auf lange Sicht zu garantieren.

Spitalsdefizit: In st. enlanger Aussprache wurden bei der Krankenhausenquête Beschlüsse zur Erarbeitung eines Sofortprogramms für eine unmittelbar wirksamwerdende Hilfe für die Spitalserhalter gefaßt. Ein Arbeitsausschuß soll bis 20. Dezember die entsprechenden Unterlagen ausarbeiten, um vom Bund die notwendigen Mittel zu bekommen. Die Frage wurde aber nicht erst heuer aktuell.

Einsichtlich der Bettenzentrale sagte Stadtrat Dr. Glück, daß sie sich bestens bewährt habe. Täglich werden durch die Bettenzentrale rund 70 Patienten in die Wiener Spitäler eingewiesen. Natürlich sei es für den in der Zentrale arbeitenden Arzt nicht immer leicht, zu entscheiden, bei welchen Fällen es sich um Lebensgefahr handle. Jedenfalls garantiere die Bettenzentrale, daß alle dringenden Fälle sofort Aufnahme finden.

Die Wiener Rettung habe beim letzten Schneefall wieder eine Bewährungsprobe abgelegt. Innerhalb von sechs Stunden waren 250 Ausfahrten zu verzeichnen. Dabei habe es sich als sehr zweckmäßig erwiesen, daß auch die Fahrzeuge der Sanität mit Funksprechgeräten ausgestattet seien.

Über die Planungsarbeiten für das Krankenhaus Ost erklärte Stadtrat Dr. Glück, daß diese Arbeiten raschest zu Ende gebracht werden. Das geplante Krankenhaus Ost wird 500 Akut-Betten und ebensoviele Patienten für Chronischkranke aufweisen.

Mit Sorgen werde die Abnahme der Anzahl geistlicher Schwestern beobachtet. Von 1.200 in den letzten Jahren gebe es gegenwärtig nur mehr 624, ein weiteres Absinken um 180 dürfte in den nächsten zwei Jahren eintreten.

Als überaus wertvoll bezeichnete Stadtrat Dr. Glück die bisherigen Resultate der Küchenplanungskommission, die bekanntlich seit eineinhalb Jahren arbeitet. Im Sophienspital sind diese Arbeiten bereits abgeschlossen, im Franz Josef-Spital sind sie gerade im Gang, im Krankenhaus Lainz stehen sie vor dem Abschluß.

Über den Versuch, Mütter von Kindern provisorisch als Pflegerinnen zu verwenden, äußerte sich Stadtrat Dr. Glück negativ. Dieser Versuch wurde am Mautner-Markhof-Kinderspital unternommen. Die Ärzte sahen es jedoch nicht gern, daß die Mütter der dort eingelieferten Kinder für Pflegedienste herangezogen wurden, weil die Gefahr der Einschleppung von Infektionen bestand. Auch das unkontrollierte Hereinbringen von Lebensmitteln wirkte sich störend aus, und schließlich waren die Schwestern der Ansicht, daß ihnen die Mütter keine Arbeit abnahmen, sondern im Gegenteil nur mehr Arbeit machten.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des fünften Hauptstückes (Gesundheitswesen) einstimmig angenommen.

Die von Gemeinderat Elisabeth Schindler gestellten Anträge, die Erhöhung des Handgeldes für Fürsorgepflinglinge und des Pauschalbetrages für Pflinglingsarbeiter, werden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Der Vorsitzende, Gemeinderat Dr. Bohmann, unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Donnerstag, den 14. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VI (Bauwesen) fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

13. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 S, Karotten 3 bis 4 S, Kraut 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Wirtschaftsware 3 bis 4 S, Tafelware 6 bis 8 S, Bananen 6 bis 8 S, Orangen 4 bis 6 S je Kilogramm.

- - -